

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Goldpfennig, monatlich 3.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Ostpreußen, Pommern, Vorpommern 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zell“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 0,70 Goldmark, Reklameweile 4.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das Festschreiben Wort 0,20 Goldmark (außerhalb zwei Zeilenbreite), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenausschreibungen das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnementen je 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Tollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 10. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postkontofonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikto-Gesellschaft, Dönhofsstraße Lindenstraße 3

# Block der „Privatwirtschaft“?

## Hungerlöhne und verlängerte Arbeitszeit — Brotwucher und Hungerpreise.

Die sachlichen Grundlagen für den Bürgerblock sind im Werden, und die wahren Triebkräfte seines Entstehens treten ans Licht. Es handelt sich nicht um die Verwirklichung politischer Prinzipien des Bürgertums, es handelt sich nicht um die Vertretung nationaler Interessen, auch nicht in dem Sinn, wie die Rechtsparteien sie auffassen. Es handelt sich vielmehr um einseitige materielle Interessen der Kreise, die von den Rechtsparteien politisch vertreten werden. Der Bürgerblock in Deutschland wird von den Deutschnationalen und dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei, von den reaktionären und agrarischen Kreisen des Zentrums erstrebt: als ein Block der Kapitalisten und der Agrarier gegen die breiten Massen des Volkes.

Der Zeitpunkt der geregelten Abtragung von Reparationsleistungen naht heran. Die Rechtsparteien wollen die Lasten der Reparationen auf die Schultern der Massen des Volkes abwälzen. Sie wollen darüber hinaus ihre wirtschaftliche und soziale Machtstellung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung verstärken. Der Mechanismus der Inflation, der es ihnen ermöglicht hat, ohne große politische Kämpfe Reparationen und Staatslasten auf die Massen zu überwälzen, funktioniert nicht mehr. Deshalb holen sie aus zu einer großen geschickter Offensive gegen die arbeitende Bevölkerung. Eine Neuaufgabe der großen Kämpfe aus dem Jahre 1902 steht bevor.

Der Staat ist nach dem Willen der Rechtsparteien dazu da, zum Nutzen des Unternehmertums und des Agrariertums, also dessen, was die Deutsche Volkspartei in ihrer letzten Entscheidung die Privatwirtschaft genannt hat, die Verteilung des Sozialproduktes zu beeinflussen. Die Wirtschaftspolitik die diese Parteien anstreben, soll ihre Vormachtstellung fest verankern. Diesem Zweck dient der Abbau der Sozialpolitik, die Verlängerung der Arbeitszeit, der Lohndruck, der zum mindesten mit stillschweigender Billigung des Arbeitsministeriums sich vollzogen hat. Diesem Zwecke dient für die Landwirtschaft die neue Schutzpolitik, die die Regierung vorbereitet.

Wir haben gestern morgen die Hauptlinien eines neuen Schutzgesetzes veröffentlicht, das von der Regierung dem Reichsrat vorgelegt worden ist. Die Regierung hat den Versuch unternommen, unsere Angaben zu entkräften. Sie möchte fürchten, daß das Bekanntwerden ihrer Schutzpläne die ungünstigsten innenpolitischen und außenpolitischen Folgen nach sich ziehen kann. Sie hat deshalb versucht, ihre Schutzpläne nach Möglichkeit geheim zu halten und ihren Gesekentwurf vertraulich zu behandeln. Ihre Pläne sind bereits soweit gediehen, daß dem Reichsrat ein fertiger Gesekentwurf vorgelegt worden ist. Nun sieht sie sich gezwungen, ihn zu veröffentlichen. Der Inhalt dieses Gesekentwurfs ist derart, daß alle Abschwächungsversuche der Regierung nicht vermögen, die große Beunruhigung und die Entrüstung zu zerstreuen, die diese Pläne in den arbeitenden Massen hervorrufen müssen.

Diese Gesekgebung ist alles andere als eine sachlich begründete Hilfsmassnahme für die Landwirtschaft. Wir wiederholen noch einmal, daß wir sachlich begründeten und zweckmäßigen Maßnahmen für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion durchaus positiv gegenüberstehen. Hier aber handelt es sich um eine Begünstigung des Agrariertums auf Kosten des gesamten Volkes, die die verderblichsten sozialen Rückwirkungen nach sich ziehen muß.

Der Sinn der neuen Hochschutzzollpolitik ist die innerwirtschaftliche Restauration, die Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen. Die deutsche Landwirtschaft soll durch die neuen Schutzpläne die wirtschaftliche Vormachtstellung wieder erhalten, die sie vor dem Kriege durch die Schutzpolitik vom Jahre 1902 erhalten hatte. Diese wirtschaftliche Vormachtstellung bedeutet innerpolitisch die Verstärkung der rechtsgerichteten Tendenzen, bedeutet die stärkste Unterstützung für den Gedanken eines reaktionären Bürgerblocks. Hand in Hand mit den sozialreaktionären Tendenzen, dem Abbau des Achtstundentages und dem Abbau des sozialpolitischen Schutzes der Arbeiterschaft muß sie zu einer Herabdrückung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen führen. Die schwerindustrielle Reaktion und die agrarische Reaktion arbeiten Hand in Hand im Kampfe gegen die arbeitenden Massen. Sie wollen den Bürgerblock, um ihre materiellen Interessen durch den Staat durchsetzen zu können.

Die Eile, mit der die Regierung ihre Hochschutzzollpläne durchsetzen will, berechtigt zu der Annahme, daß sie bewußt die Pläne fördert, die zu einem Block der Kapitalisten und Agrarier in Deutschland führen sollen. Man glaubt wohl, diese gemaltige Konzession an die Interessen des Großagrariertums mit der parlamentarischen Zwangslage

entschuldigen zu können. Es ist kein Zweifel mehr, daß die Regierung mit diesem Gesek die Zustimmung der Deutschnationalen zum Eisenbahngesek erkaufen will. Dieser Versuch muß die Regierung in die schärfste Kampfstellung zur Sozialdemokratie und zu den arbeitenden Massen bringen. Wenn an der Haltung der Deutschnationalen die Verabschiebung der Geseke zur Ausführung der Gutachten scheitert, dann darf die Folge davon nicht ein schändlicher Handel sein, der die Interessen der breiten Massen des Volkes dem Interesse des Agrariertums opfert, dann muß vielmehr das Volk vor die Frage gestellt werden, ob es mit den Deutschnationalen die Verständigungspolitik sabotieren oder ob es im Kampfe gegen die schlimmsten Feinde der Verständigungspolitik die Ausführung des Sachverständigengutachtens will. Das politische Tauschgeschäft, das die Regierung mit den Deutschnationalen eingehen will, schlägt dem Geiste der Verständigungspolitik ins Gesicht. Die Sozialdemokratie hat sich mit aller Schärfe und Deutlichkeit für die Ausführung des Gutachtens eingesetzt, nicht zuletzt auch deswegen, weil der Schutz der arbeitenden Massen vor grenzenloser Ausbeutung ein Teil der Gutachten ist. Wenn die Regierung der Ansicht ist, daß sie mit der Ausführung des Gutachtens den Achtstundentag in Deutschland beseitigen und den arbeitenden Massen gleichzeitig neuen Brotwucher zumuten kann, so gibt sie sich einer gefährlichen Täuschung hin!

Es muß politisch Klarheit geschaffen werden! Will die Regierung den Bürgerblock, den Block der Kapitalisten und Agrarier? Will sie ein Regime in Deutschland, das zum Raub des Achtstundentages den Brotwucher fügt? Will sie eine Wendung der Politik in Deutschland, die unvereinbar ist mit dem Geiste der Demokratie?

Die Politik der Verständigung und der Durchführung der Gutachten ist nur möglich mit den arbeitenden Massen in Deutschland, nur möglich, wenn sie vor grenzenloser Ausbeutung geschützt werden. Der Schutz des Achtstundentages, die Ratifizierung des Abkommens von Washington gehören ebenjotig zur Ausführung der Gutachten wie das Eisenbahngesek. Ein Block der „Privatwirtschaft“, der Kapitalisten und Agrarier, aufgebaut auf dem Raub des Achtstundentages und neuer Hochschutzzollpolitik, bedeutet das Ende der Verständigungspolitik.

### Die Zollvorlage der Reichsregierung.

Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist vom Reichsminister der Finanzen unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft der Entwurf eines Gesekes über Zölle und Umsatzsteuer nebst Begründung zur Begutachtung vorgelegt worden, der am 15. Juli im volkswirtschaftlichen Ausschusse des Reichswirtschaftsrates zur ersten Beratung stehen wird. Wie die Telegraphen-Union mitzuteilen in der Lage ist, hat der Gesekentwurf im wesentlichen den folgenden Inhalt:

#### Art. I behandelt die Zölle.

Nach § 1 ist vorgesehen, die Bekanntmachung betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen vom 4. August 1914 (Reichsgesekblatt S. 352) aufzuheben, soweit sie sich auf die Nummern 1, 2, 3, 4, 23, 103, 104, 105, 108, 109 des Zolltarifs bezieht (Koggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Rindvieh, Schafe, Schweine, Fleisch und Schweinespeck), desgleichen die Bekanntmachung über vorübergehende Zollvereinfachungen vom 27. Mai 1915 (Reichsgesekblatt Seite 317; frische Röhngemüse).

§ 2 will die Geltungsdauer des Gesekes über vorübergehende Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen vom 21. Juni 1921 (Reichsgesekblatt Seite 757) mit Wirkung vom 1. Juli 1924 mit der Maßgabe bis zum 30. Juni 1926 verlängern, so daß die Reichsregierung ermächtigt ist, bei folgenden Nummern des Zolltarifs die Zölle ohne Rücksicht auf die am 31. Juli 1914 gültig gewesenen Vertragszollgeseke festzusetzen: Getreide, Getreideerzeugnisse, Getreideerzeugnisse aus 108, Buchstabenfleisch aus 219, 176, den Zoll für Gerste unter 4 Mark für einen Doppelpentner nur für Gerste zur Viehfütterung unter Zollvereinfachung festzusetzen.

Durch § 3 soll die Reichsregierung bis zum 30. Juni 1926 ermächtigt werden, anzunehmen, ob und inwiefern § 11 Ziffer 1 Abs. 1 des Zolltarifgesekes vom 26. Dezember 1902 (Reichsgesekblatt Seite 303; Erteilung von Einfuhrschritten bei der Ausfuhr von Roggen, Weizen, Hafer und Gerste) Geltung haben soll.

§ 4 verlängert die Geltungsdauer des Gesekes über die Ermächtigung zu vorübergehenden Zolländerungen vom 5. August 1922 (Reichsgesekblatt I, Seite 709) mit Wirkung vom 1. Juli 1924 bis zum 30. Juni 1926.

#### Artikel II bringt Neuregelung der Umsatzsteuer.

Nach § 1 wird der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer von 2 1/2 Proz. auf 2 Proz. ermäßigt; § 2 des Artikels IV der zweiten Steuerverordnung tritt außer Kraft. Nach § 2 wird das Umsatzsteuergesek wie folgt geändert: § 7 (der das Zwischenhandelsprivileg regelt) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung: „Bei Abwicklung mehrerer von verschiedenen Unternehmern abgeschlossenen Umschlaggeschäften sind nur die Lieferungen derjenigen Unternehmer steuerpflichtig, die den unmittelbaren Besitz übertragen, wenn

1. die Lieferung dieser Gegenstände oder Gegenstände gleicher Art betreffen, und 2. es sich um Gegenstände handelt, die der Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrates nach Anhörung eines Ausschusses des Reichswirtschaftsrates in Anbetracht an die nach § 2 Nr. 1a und 1b getroffenen Bestimmungen bezeichnet, und ferner 3. die Bestimmungen des Reichsministers der Finanzen über den bürnmäßigen Nachweis dieser Lieferungen eingehalten werden.

Außerdem finden noch Änderungen und Streichungen in den §§ 23, 24, 25, 26, 33, 35 und 41 statt.

§ 3 regelt die Zuständigkeit des Reichsfinanzministers zum Erlaß von Bestimmungen mit Zustimmung des Reichsrates.

#### Artikel III enthält Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

Aus der

#### Begründung

zu dem Gesekentwurf sind die folgenden Bemerkungen hervorzuhoben:

Die deutsche Wirtschaft muß stärker als je sich das Ziel eines Ausgleichs der Handelsbilanz setzen. Hierfür ist es notwendig, die Bedingungen der Produktion so günstig wie möglich zu gestalten, und ebenso ist von ausschlaggebender Bedeutung, die zurzeit verminderte Intensität der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung wieder herzustellen. Dazu ist ein geeignetes Mittel neben anderen Maßnahmen die Befreiung der zu Beginn des Krieges vorübergehend eingeführten Zollbefreiung für die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Um die damit notwendig verbundene Belastung des Verbrauchers in erträglichen Grenzen zu halten, muß die Möglichkeit geschaffen werden, die an sich wieder in Kraft tretenden autonomen Zölle angemessen zu senken. Eine weitere wesentliche Entlastung des Verbrauchers soll durch eine Ermäßigung der allgemeinen Umsatzsteuer erreicht werden.

Die gefährliche, sich ständig noch verschärfende Krise, in der sich die deutsche Landwirtschaft befindet, wird am besten gekennzeichnet durch das Mißverhältnis der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu denen für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel. Während die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Getreide, Kartoffeln) sich zurzeit auf etwa 85 Proz. der Vorkriegeshöhe bewegen, betragen sie für die wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Düngemittel, Maschinen, Geräte) durchschnittlich etwa 115 Proz. der Vorkriegeshöhe. Für 100 Einheiten landwirtschaftlicher Erzeugnisse kann man heute nur noch etwa 75 Einheiten landwirtschaftlicher Betriebsmittel gegen 100 in den letzten Friedensjahren kaufen. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung und der steuerlichen Belastung erfährt diese Lage eine weitere Erschwerung durch den Umstand, daß die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach der Ausfuhrsperrre unterliegen. Wenn nicht sofort durchgreifende Maßnahmen gegen die drohende Erstenfrierung namentlich des Getreidebaues getroffen werden, muß bereits für die Herbstbestellung 1924 und damit für die Ernte 1925 mit einer starken Verminderung der Anbaufläche gerechnet werden. Von den Folgen der Anbauverminderung würden auf die Dauer auch die Verbraucher getroffen werden. Die Vorlage steht daher in Ausführung der bei Beratung der Interpellationen über die Agrarkrise am 27. Juni 1924 im Reichstag abgegebene Regierungserklärung bei den in Artikel I § 1 genannten Waren die Wiedereröffnung der autonomen Zölle vor und ermächtigt gleichzeitig die Regierung, nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse die Zollsätze auf die Höhe der früheren Vertragszollsätze herabzusetzen. Unter dem früheren Zollschutz sind Anbauflächen und Ertrag der deutschen Landwirtschaft wesentlich gesteigert worden. Es steht zu hoffen, daß die Wiedereröffnung des Zollschutzes dem im Kriege und nach dem Kriege eingetretenen Rückgang der Ernteflächen und des Ertrages zum mindesten entgegenwirken wird.

Daß Agrarzölle eine Belastung der Verbraucher bedeuten, kann nicht bestritten werden. Ueber die Höhe der Belastung gehen die Meinungen auseinander. Es fragt sich, ob der Zoll ganz vom Inland getragen wird, oder ob ein Teil auf das Ausland abgewälzt wird. Die überwiegende Ansicht ging vor dem Kriege dahin, daß eine volle Auswirkung des Zolles auf die Inlandspreise nicht eintritt. (Es folgt eine ausführliche zahlenmäßige Berechnung.) Es zeigt sich also, daß besonders beim Weizen das Ausland den Zoll bis zur Hälfte getragen hat. Auch beim Roggen ist der Zoll, besonders soweit es sich um russischen







## Sür die besetzten Gebiete.

Der Reichspräsident wird zur Linderung der Wohnungsnot im besetzten Gebiet in wenigen Tagen eine Verordnung erlassen, die ähnlich gehalten sein soll wie die Verordnung vom Juni v. J. zur Sicherstellung von Wohnraum für die Vertriebenen im unbesetzten Gebiet. Trotz der noch bestehenden großen Schwierigkeiten und Widerstände im besetzten Gebiet rechnet man doch auf einen Erfolg der Verordnung.

Die Organisationen der Eisenbahner haben bisher eine überflüssige Richtigkeit der Ausgewiesenen verhindert. Inzwischen haben sie zum Zwecke der Regelung der Rückkehr eine eigene Organisation geschaffen und auch an den Übergangspunkten zum besetzten Gebiet Beratungsstellen eingerichtet.

## Die alliierte Militärkontrolle.

Paris, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorkonferenz hat dem deutschen Vorkonferenz am Mittwochabend ihre Antwort auf die deutsche Note über die Militärkontrolle überreicht. Die Alliierten erklären in dem Protokollschreiben ihre Genehmigung über die Annahme der Generalinspektion. Außerdem wird darauf verwiesen, daß die Beendigung der alliierten Militärkontrolle nicht nur von einem zufriedenstellenden Ergebnis der Generalinspektion abhängt, sondern auch von der Durchführung der besprochenen fünf Punkte der Vorkonferenz. Bei aller Rücksicht auf die Notwendigkeit möglicher Beschleunigung der Kontrolloperationen wünsche jedoch die Konferenz, sich auf den 30. September als Schlüsseltermin der Revision nicht festzulegen. Die Note soll heute abend um 6 Uhr der französischen Presse übergeben werden.

Mit der Annahme der Generalinspektion hat Deutschland sich gleichzeitig zur Durchführung dieser fünf Punkte verpflichtet.

## Regierungswahl in Anhalt.

Desau, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstagssitzung des Anhaltischen Landtages wurde zunächst die Wahl des Präsidiums vorgenommen. Gen. Peus, der Präsident des vorigen Landtages, wurde mit 14 Stimmen wiedergewählt. Dr. Heine (Dnat.) und Giesemann (D. Sp.) wurden mit den Stimmen der Rechten zum ersten bzw. zweiten Vizepräsidenten gewählt. Bei der Wahl der Regierung zeigte sich, daß die im Landbündler und einen Hausbesitzer vermehrten Deutschnationalen bzw. die Deutsche Volkspartei sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hatten. Die Sozialdemokraten schlugen den bisherigen Ministerpräsidenten Gen. Deist wieder vor, während die Rechtsparteien sich auf den deutschnationalen Finanzpräsidenten von Anhalt, Dr. Knorr, der dem Landtag nicht angehört, geeinigt hatten. Im ersten Wahlgang erhielt Gen. Deist die dreizehn Stimmen der Sozialdemokraten und die Stimme des Demokraten und des Bodenreformers, Dr. Knorr erhielt 17 Stimmen, der kommunistische Kandidat 4. Bei der Stichwahl stimmten die Kommunisten wieder für ihren Kandidaten, so daß Gen. Deist durch die Schuld der Kommunisten mit 15 gegen 17 Stimmen gegen den Rechtsparteiler unterlag. Nach dieser Wahl Dr. Knorrs erklärte die sozialdemokratische Fraktion, sich an der weiteren Wahl von Regierungsmitgliedern nicht mehr zu beteiligen. Zu Ministern wurden dann mit je 16 Stimmen gewählt: der deutsche Volksparteiler Kannel und der deutschnationale Geheimrat Jäntsch. In der Erkenntnis, daß dieses reaktionäre Ministerkabinett nur als Interimregierung anzusehen ist, wurde ein von den bürgerlichen Fraktionen eingebrachter Antrag: „Die Periode des am 22. Juni gewählten Landtages dauert nur bis zum 9. November“ einstimmig angenommen. Die Neuwahlen finden also am 9. November statt.

## Davis demokratischer Kandidat.

New York, 9. Juli. (W.B. Durch Funk.) Der demokratische Konvent hat Davis für die Präsidentschaftswahl nominiert.

Meinungen ein Zusammenarbeiten möglich sein soll. So wird es auf absehbare Zeit nicht angehen, die Arbeit Justiz von dem Präsidenten und den Mitgliedern der Akademie beraten zu lassen.

Wiedereröffnung des Breslauer Stadtschloßes. Die preussische Kronverwalter, der auch des Breslauer Stadtschloß untersteht, hat sich entschlossen, wie in den anderen Schloßern, vor allem in den Schloßern Potsdams, die zum Teil noch vorhandene ursprüngliche Einrichtung wiederherzustellen und das Schloß zugänglich zu machen. Denn die Stadt Breslau kann leider vorläufig das Schloß im ganzen nicht übernehmen, um, wie es nötig wäre, dortin die schönen Sammlungen ihres Kunstgewerbemuseums zu verlegen. Für die Wiedereröffnung kommt der Erweiterungsbau in Betracht, den Bauamann, von den Berliner Bauten Friedrich des Großen her wohl bekannt, in den 1750er Jahren offenbar im Anschluß an den Knobelsdorff-Schloß des Charlottenburger Schloßes errichtet hat. Er enthält eine Flucht von Repräsentationsräumen, die Wohnzimmer, die für Friedrich Wilhelm II. und III. verändert worden sind, im ersten Stock des spätklassischen Hauptgebäudes. Die Räume Friedrich des Großen sind in ihrer dekorativen Ausstattung und mit ihren Möbeln im großen und ganzen erhalten geblieben. Dagegen haben die Räume aus der Zeit des Klassizismus durch Erneuerungen im Laufe des 19. Jahrhunderts gelitten. Aber sie bieten noch schöne Proben bürgerlicher Möblierung aus der Zeit um 1800.

Depots für Schiffbrüchige. Auf einjahren Inseln, welche etwaigen Schiffbrüchigen selbst nichts zu ihrem Unterhalt gewähren, hat man Depots von Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken errichtet. Selbst Streichhölzer und, wo dies notwendig ist, Brennstoff, hat man nicht vergessen. Alles Verderbliche ist in luftdicht abgedichteten Zerkisten untergebracht, welche die Aufschrift ihres jeweiligen Inhalts tragen. Wo eine natürliche Höhle vorhanden ist, hat man diese zur Unterbringung der Vorräte benutzt, z. B. auf Neu-Amsterdam; sonst hat man besondere Schutzstätten erbaut. Der Inhalt dieser Depots ist natürlich allen Schiffbrüchigen ohne Unterschied ihrer Staatsangehörigkeit zugänglich. Wo Depots noch nicht errichtet sind, hat man nach Möglichkeit wenigstens Anweisungen hinterlegt, wo das nächste zu finden sei und wie die Schiffbrüchigen es am besten erreichen können.

Eine Vereinigung für junge Kunst in Düsseldorf ist gegründet worden. Sie will ihren Wirkungsbereich über ganz Deutschland erstrecken. Die Gründer sind: Malermeister Max Kiehn, Kunstlehrer Dr. Walter Cohen von der Düsselbörcher Kunstsammlung und Museumsdirektor Dr. Walter Kießbach in München-Isarbad.

Kultur-Zeit in Eisenach. Die Stadt Eisenach, in der sich heute die letzten Jahre seines Lebens zubrachte, veranfaßt sich am 10. Juli, 10. Juli, in einem neuen Kreis, das der Tage lang dauern wird. Im Rahmen der Feierlichkeiten findet auch ein Vorkonferenz auf der Wartburg statt. Ein mathematischer Wettbewerb in der Georgenstraße findet am Sonntag statt. Am Mittwoch wird ein Vorkonferenzabend mit Regalationen und musikalischen Vorträgen veranstaltet.

Wahl-Roth spricht am Freitag, den 11., abends 7 1/2 Uhr, im Haldenpark Straße 10 den Reden 10 (Köbe Brandenburger Tor), im Kreis Sozialistischer Arbeiterjugend über: Arbeiterjugend — Arbeitsbildung — Radikalisierung — an Hand von Bildern aus seiner Arbeit in den Berliner Arbeitergruppen, Parteigruppen (Mitglieder) erhalten Karten im Sekretariat der S.A.G., Lindenstr. 3, oder an der Abendkasse.

# Die Einigung in Paris.

## Amerika Schiedsrichter in der Reparationskommission.

Paris, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das amtliche Kommando über die Pariser Unterredung sagt: MacDonald und Herriot erklären, daß der wesentliche Gegenstand der Londoner Konferenz die Durchführung des Sachverständigenplanes ist. Die Alliierten versichern erneut, den Sachverständigenplan anzunehmen. Die Reparationskommission soll den Zeitpunkt festsetzen, an dem die Wirtschaftskontrolle über das Ruhrgebiet aufgehoben wird, nachdem der Sachverständigenplan in Kraft gesetzt sein wird.

Die Feststellung abschließender Verfehlungen Deutschlands soll die Reparationskommission treffen. Für den Fall, daß die Mitglieder sich nicht über das Vorliegen einer Verfehlung einigen können, ist der im Gutachten vorgezeichnete amerikanische Generalagent für die deutschen Zahlungen hinzuzuziehen.

Dem Amerikaner würde danach in einer erneuten Beratung der Reparationskommission die für die Frage einer Verfehlung Deutschlands entscheidende Stimme zufallen. Von der Möglichkeit einer Berufung Deutschlands gegen diese Entscheidung an das Haager Weltfriedensgericht oder an eine sonstige Instanz ist in diesem Kommando nicht die Rede. Bleibt nur die Frage, ob Amerika, das den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hat, dieses Schiedsrichteramt in einer Behörde annehmen, die auf diesem Vertrag beruht. Indessen kann die Einsetzung zweier Vertreter der Vereinigten Staaten zur Londoner Konferenz, Kellogg und Houghtons, vielleicht auf eine Anteilnahme Amerikas an diesen europäischen Dingen hindeuten, die selbst bis zu dieser aktiven Betätigung gehen könnte. Es ist wohl auch zu vermuten, daß Herriot und MacDonald den Vertreter Amerikas nicht für eine Exekution in Aussicht nehmen würden, ohne vorher sich vergewissert zu haben, daß sie nicht auf eine Ablehnung stoßen.

In London ist man noch ohne amtliche Nachricht über das Pariser Ergebnis, wie folgende Meldung zeigt:

London, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwochabend lagen in London authentische Mitteilungen über den Verlauf der Konferenz zwischen Herriot und MacDonald noch nicht vor. — Die für Donnerstag angekündigte außenpolitische Rede MacDonalds wird vorläufig bis auf weiteres verschoben.

## Mitteilungen MacDonalds.

Paris, 9. Juli. (E.B.) Um 3 Uhr nachmittags wurden die Pressevertreter am Quai d'Orsay empfangen. MacDonald gab eine längere Erklärung ab, wobei er u. a. ausführte, daß die Schwierigkeiten, die in Paris und London aufgetreten seien, auf keiner ersten Grundfrage beruhten. Auf beiden Seiten bestrebe derselbe gute Wille. Die Note, die heute veröffentlicht werde, müsse ohne Leidenschaft im Interesse der beiden Länder geprüft werden. Man dürfe nicht allerlei Unmögliches zwischen den Zeilen herauslesen wollen. Eine Lösung sei möglich, brauche aber Zeit, Geduld und großen Mut. Schon jetzt sei

### eine erste Einigung erzielt

worden. Herriot und er seien nicht Feinde, die sich den Anschein geben wollten, Freunde zu sein, sondern Freunde, die versuchten, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die in den letzten Jahren aufgetreten seien. Ein Anfang zu einer wirksamen Zusammenarbeit sei gemacht. Es werde Zeit brauchen, um zu einem guten Ende zu gelangen. Die verschiedenen Fragen müßten eine nach der anderen geprüft werden. Die letzte Einigung muß der Schlüssel zu der endgültigen Regelung sein. Es handelt sich aber um eine langwierige Arbeit, denn wir sind keine Zauberer.

Wir müssen mit der öffentlichen Meinung und der parlamentarischen Lage in unseren beiden Ländern rechnen. Wir sind praktische Männer, die entschlossen sind, eine dauerhafte Freundschaft zwischen Frankreich und England herzustellen. Die Londoner Konferenz bleibt auf den 16. Juli festgesetzt. Es wäre nicht gut gewesen, wenn sie vertagt worden wäre. Die

heute veröffentlichte Note wird die beiden Memoranden ersetzen,

worin der besondere Standpunkt unserer beiden Nationen ausgedrückt wird. Die Note wird an alle Alliierten gesandt werden. Sie wird ein Beweis dafür sein, daß eine allgemeine Einigung zwischen den Alliierten auf dieser Grundlage möglich sein wird. Sie wird nicht an Deutschland gesandt werden, denn sie interessiert nur die Alliierten.

### Herriot erklärte,

daß die Note nicht den Sinn habe, den französisch-englischen Standpunkt den anderen Alliierten aufzudrängen. Sie sei aber ein Beweis dafür, daß Frankreich und England versucht haben, zu beweisen, daß sich alle Alliierten einigen könnten.

## Sofortige Räumung des Ruhrgebiets unmöglich.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ erhält von besonderer Seite folgende Information:

Man muß sich in Deutschland über eines klar sein: Wenn Herriot morgen erklären würde, daß nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die militärische Räumung auf einen Schlag erfolgen müsse, dann wäre sein Sturz sicher. Aus diesem Grunde hat Herriot sich bisher eine so große Kehre aufgesetzt, wenn er von diesen Fragen sprach. Sein Wille, das Ruhrgebiet nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch so rasch wie möglich zu räumen, ist unbefreitbar. Gerade weil man das weiß, stirmt die Reaktion so rücksichtslos gegen ihn an. Aber auch Herriot ist gezwungen, auf Grund der parlamentarischen Verhältnisse zur Durchführung seiner Politik Etappen voranzusetzen. Es wäre im Interesse der Beständigkeit, wenn die deutsche Regierung dieser Sachlage Rechnung trüge. Versuche man gewisse Dinge zu überstürzen, so bestände die Gefahr, daß das Kabinett Herriot nicht lange am Ruder bleibt. Die Heilung der durch die Politik der letzten Jahre geschlossenen Wunden muß vorsichtig geschehen, wenn man neue Vergiftungen verhindern will.

Wir möchten wünschen, daß die Reichsregierung die sich aus der vorstehenden Auffassung ergebenden Konsequenzen bald nicht. Das wäre besonders für den Reichsaußenminister angebracht, der sich seine Aufgabe immer nur durch Entschuldigungen der eigenen Partei, die im Augenblick in nos sind, erschweren läßt.

## Rückkehr nach London.

Paris, 9. Juli. (Eig. Draht.) MacDonald reiste nachmittags nach London zurück. Als er das Amt am Quai d'Orsay verließ, erklärte er den Pressevertretern: Der Tag war sehr hart, aber wir glauben, gute Arbeit geleistet zu haben. Nach der Abfahrt des Zuges sagte Herriot zu den Pressevertretern: MacDonald ist ein Mann von bewundernswürdiger Aufrichtigkeit.

## Nordamerikas Außenminister in Berlin?

New York, 9. Juli. (W.B.) Staatssekretär Hughes reist Sonnabend dieser Woche mit den Mitgliefern der amerikanischen Anwaltsvereinigung nach England. Es wird angenommen, daß

Staatssekretär Hughes auch Berlin, Brüssel und Paris besuchen wird. Das Staatsdepartement hebt hervor, daß der Besuch keinerlei offiziellen Charakter trägt.

Das wäre wohl der erste Besuch des aktiven Außenministers eines der ehemaligen Weltkriegsgegnerstaaten Deutschlands in Berlin!

## Herriot-Macdonald an die Alliierten.

Paris, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Note, die das Ergebnis der neuen Aussprache zwischen Ramsay MacDonald und Herriot zusammenfaßt, ist ein Dokument von vier umfangreichen Seiten. Die Note ist von der englischen und französischen Regierung gemeinsam unterzeichnet und an die übrigen alliierten Kabinette gerichtet, denen sie die Annahme der folgenden, von den beiden Premierministern vereinbarten Grundlinien empfiehlt:

Artikel I enthält die Erklärung, daß nach Auffassung der beiden Regierungen

Gegenstand der Londoner Konferenz ausschließlich die Durchführung des Expertenplans

sein soll und daß deren Regelung den interalliierten Regierungen überlassen sein soll.

Artikel II betont die Notwendigkeit, ein Regime gegenseitigen Vertrauens herzustellen, das den Gelehrten die erforderlichen Garantien gewährt. Diese Notwendigkeit sei

keineswegs unvereinbar mit dem Respekt vor den Bestimmungen des Versailler Vertrages, deren Verletzung den Frieden gefährden und neue Konflikte vorbereiten würde.

Artikel III legt die Umstände dar, unter denen das Expertenkomitee von der Reparationskommission eingesetzt worden ist.

Artikel IV stellt fest, daß der Bericht der Sachverständigen von allen beteiligten Regierungen angenommen worden ist und gibt ein kurzes Resümee der von der Reparationskommission darüber gefassten Beschlüsse. Er erinnert daran, daß die Sachverständigen eine Reihe außerhalb ihrer Kompetenz liegender Fragen der Befehlshaltung der alliierten Regierungen vorbehalten, zugleich aber mit allem Nachdruck unterstrichen haben, daß alle ihre Vorschläge auf der Voraussetzung aufgebaut seien,

die wirtschaftliche Aktivität Deutschlands durch keinerlei andere Maßnahmen als die im Dawes-Plan vorgezeichnete Kontrolle zu hemmen oder zu beeinträchtigen

und demgemäß die gegen Deutschland in Anwendung gebrachten Maßnahmen, soweit sie ein Hindernis für diese Aktivität darstellen, aufgegeben werden müssen.

Artikel V empfiehlt als Grundlage für die zwischen den alliierten Staaten und Deutschland notwendigen Vereinbarungen für die Durchführung des Sachverständigenplanes folgende Grundzüge:

a) Die Londoner Konferenz tritt am 16. Juli zusammen. Beide Regierungen konstatieren mit Befriedigung, daß die Vereinigten Staaten auch hier vertreten sein werden.

b) Die interalliierten Regierungen bestätigen die bereits ausgeführte Annahme des Dawes-Planes.

c) Die zu treffenden Vereinbarungen sollen die Autorität der Reparationskommission in keiner Weise hindern. In Anbetracht der Tatsache aber, daß dem Zeichnern der 800 Millionen-Anleihe und den Erwerbern der deutschen Obligationen Garantien gegeben werden müssen, werden die alliierten Regierungen sich bemühen, den

### Eintritt eines Amerikaners in die Expertenkommission

zu erreichen, für den Fall, daß diese bereit sein sollte, über etwaige Verfehlungen Deutschlands zu entscheiden. Falls diese Lösung nicht möglich sein sollte, oder falls die Mitglieder der Reparationskommission nicht zu einer Einigung gelangen sollten, so empfehlen die Regierungen die Zuziehung des Generalcommissars für die Zahlungen, der ebenfalls amerikanischer Nationalität sein soll.

d) Das Gutachten der Sachverständigen steht für alle Einzelbestimmungen bestimmte Regelungen durch die Kontrollorganisation vor. Eine große und vorsichtige Verfehlung Deutschlands würde dessen guten Willen in Frage stellen. Für den Fall, daß die Reparationskommission eine solche Verfehlung festgestellt haben sollte, verpflichten sich die alliierten Regierungen, sich gemeinsam über die Modalitäten der Durchführung der von ihnen für diesen Fall zu ihrem eigenen Schutz und zum Schutze der Gesamtheit in Aussicht genommenen Maßnahmen zu verständigen.

e) Das Programm, nach dem die wirtschaftliche und finanzielle Einheit Deutschlands wiederhergestellt

werden soll, sobald die Reparationskommission entschieden hat, daß die Durchführung des Sachverständigenprogramms begonnen hat, wird durch die interalliierte Konferenz festgelegt. Die Reparationskommission soll den alliierten Regierungen entsprechende Vorschläge für dieses Programm unterbreiten. Falls die Erfahrungen die Notwendigkeit von Modifikationen des Expertenplanes ergeben sollten und wenn die Reparationskommission nicht über genügend Vollmachten verfügen sollte, so sollen solche Modifikationen nur auf Grund einer Vereinbarung zwischen den alliierten Regierungen und unter Wahrung aller notwendigen Garantien erfolgen.

f) Um aus den im Gutachten vorgezeichneten Reparationszahlungen vollen Nutzen zu ziehen und den alliierten Regierungen alle Vorteile zu sichern, werden

die Alliierten ein Spezialorgan schaffen,

dessen Aufgabe es sein soll, den Alliierten Vorschläge zu unterbreiten, in welcher Weise die Ruhrverwaltung der von Deutschland gemachten Zahlungen am besten gewährleistet werden kann, insbesondere in bezug auf die Ueberweisungen und die Naturalleistungen.

g) Notwendig ist die Regelung der Frage, wer mit der Auslegung des Dawes-Planes sowie der in London gefassten Beschlüsse betraut werden soll.

Artikel VI: Die beiden Regierungen kommen dahin überein, evtl. aus der Auslegung der vorliegenden Note sich ergebende juristische Fragen ihren Rechtsberatern zu unterbreiten.

Artikel VII: Die Frage der interalliierten Schulden wird den Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen den beiden Regierungen bilden. Die englische Regierung hat erklärt, daß sie zusammen mit den interessierten Kabinetten nach einer billigen Lösung dieses Problems suchen wird und daß sie dabei allen in Betracht kommenden Umständen Rechnung tragen wird. Diese Frage wird den Hochmännern der beiden Finanzminister zum Zwecke einer vorbereitenden Prüfung überlassen.

Artikel VIII: Beide Regierungen sind fernerhin in einen vorbereitenden Meinungsaustausch über

die Frage der Sicherheit

eingetreten. In Anbetracht der Bedeutung, die die öffentliche Meinung der Welt in der Lösung dieser Frage beizubringen, sind sie über-eingekommen, Mittel zu suchen, um dieses Ziel zu erreichen, sei es durch Vermittlung des Völkerbunds, sei es auf irgendeine andere Weise. Sie werden die Prüfung dieser Frage fortsetzen, bis das Problem der allgemeinen Sicherheit aller Völker eine definitive Lösung gefunden haben wird.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die falsche Rechnung.

Ganz abgesehen von den außenpolitischen Wirkungen, die eine Ablehnung der Ratifizierung des Abkommens von Washington nach sich ziehen muß, kann man sich für die deutsche Wirtschaft schwerlich eine verhängnisvollere Politik denken, als die am Ausgang des vergangenen Jahres eingeleitete Politik der Arbeitszeitverlängerung. Wenn die Unternehmer und die ihnen gefällige Regierung ernsthaft geglaubt haben sollten, die Arbeitnehmer Deutschlands — Angestellte, Arbeiter und Beamte — würden sich schließlich mit der Beseitigung des Achtstundentages abfinden, dann sind sie allesamt unfähig, die Psychologie der Arbeiterschaft auch nur zu ahnen.

Es gibt vielleicht keine Frage, an der die Arbeitnehmer so sehr mit ihrem Herzblut, ihrem Denken und Empfinden hängen, wie gerade die der Arbeitszeit. Und das ist so natürlich, daß man wirklich staunen muß, wie überhaupt der Versuch gemacht werden konnte, den Achtstundentag wieder zu beseitigen. Denn die Dauer der Arbeitszeit entscheidet darüber, wie weit der Arbeitende auch Kultur Mensch, ja überhaupt Mensch ist, sich seines Lebens überhaupt bewußt werden kann. Wie kann man glauben, daß eine so intelligente und selbstbewußte Arbeiterschaft wie es die deutsche ist, nachdem sie fünf Jahre im vollen Genuß des Achtstundentages war, für den sie Jahrzehnte gekämpft hat, diesen Achtstundentag sich wieder entziehen lassen wird! Gegen diese rein psychologische Tatsache kommen keine Gründe auf und wären sie so durchschlagend, wie die Gründe, die man gegen den Achtstundentag anführt, falsch, verlogen und unhaltbar sind.

Man begründet die Verlängerung der Arbeitszeit mit der angeblichen Notwendigkeit der Mehrarbeit. Seitdem Unternehmer und Regierung den Achtstundentag zu beseitigen versucht haben und für die größere Hälfte der Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie wie für die Gesamtheit der vom Reich beschäftigten Arbeitnehmer auch tatsächlich beseitigt haben, sind Kämpfe von einem Umfange und einer Hartnäckigkeit geführt worden, wie sie sonst nur zu den Seitenhieben gehörten. Wir haben die große Aussperrung auf den Seeschiffen erlebt, die 13 Wochen dauerte. Wir haben den Riesenkampf der Bergarbeiter erlebt, der sowohl an Umfang wie an Dauer alle seine Vorgänger in den Schatten stellt. Wir haben Kämpfe in der Metall-, Holz- und Textilindustrie, im Buchdruck- und im Baugewerbe erlebt, wie sie sonst nur alle paar Jahre ereignen. Und alle diese Kämpfe fanden statt in verhältnismäßig kurzen Jahren und wurden samt und sonders um die Arbeitszeit geführt. Diese Kämpfe gehen weiter. Wir haben sie vorausgesehen und vorausgesagt. Es bedurfte dazu keiner besonderen Prophetengabe. Und deshalb können wir auch heute schon sagen, daß die Kämpfe, die bisher stattfanden, von den kommenden Kämpfen um den Achtstundentag weit überholt werden. Wenn es keine Gewerkschaften, keine Sozialdemokratie gäbe, der Kampf des Achtstundentages würde deshalb keine geringeren Kämpfe auslösen. Diese Kämpfe wären nur opfervoller für die Arbeitnehmer. Wo bleibt angesichts dieser Tatsachen die angeblich so notwendige Mehrarbeit? Die Arbeitsstunden, die durch die Kämpfe um die Arbeitszeit verloren gingen und tagtäglich verloren gehen, können nicht durch jahrelange Mehrarbeit wieder eingeholt werden.

Das dümmste Argument, das man aber für die Beseitigung des Achtstundentages anführen kann, ist das der Reparationsleistungen. Denn was wäre damit gewonnen, wenn Deutschland den Ruin- oder den Zehnstundentag einführen würde? Der Kampf in Polnisch-Oberschlesien gibt einen Vorgeschmack davon. Dort versucht man jetzt, eine Arbeitszeitverlängerung durchzuführen, analog der, die die Arbeiter in Deutsch-Oberschlesien über-

sich ergehen lassen mußten. Die polnische Regierung, die vermittelnd eingreift, sieht sich zu der öffentlichen Erklärung gezwungen, daß sie beim Völkerverbund eine energische Aktion gegen die reaktionäre Welle in Deutschland eingeleitet habe, die die sozialen Errungenschaften der polnischen Arbeiter gefährde. Diese für Deutschland beschämende und blamable Tatsache, die vor der Abstimmung in Oberschlesien geradezu katastrophal gewirkt haben würde, zeigt aber gleichzeitig, wie falsch die ganze Rechnung von der Mehrarbeit gegenüber dem Auslande ist.

Ganz abgesehen von der unseugbaren Tatsache, daß kein einziger Arbeitgeber — ausgenommen natürlich die unter dem Zwang der Ricum-Verträge stehenden Zechenbesitzer — auch nur einen Pfennig auf Reparationskonto aus dem bisherigen Ertrag der Mehrarbeit abgeliefert hat, ganz abgesehen davon, daß die Regierung auch nicht den Versuch gemacht hat, die Verlängerung der Arbeitszeit mit einer erhöhten Steuerleistung der Unternehmer zu verbinden, was würde die unausbleibliche Folge sein, wenn es wirklich gelänge, den Achtstundentag in Deutschland zu beseitigen?

In allen Ländern würde das Unternehmertum im Verein mit allen Nationalisten und Rückwärtigen Sturm laufen gegen den Achtstundentag. Herr Pinot wäre der allerletzte, der sich dieses Vergnügens berauben würde. Und endlich würde der Ausgang des Kampfes um den Achtstundentag in Deutschland auch das Schicksal des Achtstundentages in der ganzen Welt, jedenfalls in ganz Europa bestimmen. Das ist von einer so unausweichlichen Logik, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren ist. Innen- wie außenpolitisch ist die erhoffte Steigerung der Produktion durch den Raub des Achtstundentages von vornherein eine falsche Rechnung.

### Angestellte der chemischen Industrie!

Die Verhandlungen über den neuen Manteltarif sind zunächst durch das Verhalten des GdA. gescheitert. Sie wurden abgebrochen bei der Besprechung des sozusagen wichtigsten Punktes des ganzen Manteltarifes, nämlich der Frage der tariflichen Schiedsgerichtsbarkeit. Hier standen sich zwei Anschauungen diametral gegenüber. Die Arbeitgeber wollten versuchen, die tarifliche Schiedsgerichtsbarkeit für Gesamtarbeitsverträge aus dem Manteltarif einmal so zu lassen, daß prinzipiell jede Streitigkeit über den Weg des tariflichen Schiedsgerichtes seine Erledigung finden mußte, d. h. durch diese Regelung sollte prinzipiell ein für allemal jede Möglichkeit ausgeschlossen werden, eventuell auftauchende Meinungsverschiedenheiten mit anderen gewerkschaftlichen Mitteln auszutragen. Und andererseits hätte sich aus dem Vorschlag der Arbeitgeber für die Zusammenlegung des tariflichen Schiedsgerichtes der merkwürdige Zustand ergeben, daß für den Fall, daß nicht alle drei Angestellten-Epihenorganisationen an der betreffenden Streitigkeit interessiert waren, auch diejenige Organisation bzw. diejenigen Organisationen, die nicht mehr an der Austragung der Streitigkeit beteiligt gewesen wären, doch Beisitzer in das Schiedsgericht hätten schicken dürfen. Durch diese Formulierung wäre bewirkt worden, daß praktisch jeder Ab-schluß, den etwa der Arbeitgeberverband mit einer Epihenorganisation getroffen hätte, über den Weg des tariflichen Schiedsgerichtes den beiden anderen Epihenorganisationen hätte aufzuzwingen können.

Dieser Vorschlag der Arbeitgeber war für die AFA und den GdA. untragbar. Ueberraschenderweise fand sich jedoch der GdA. bereit, dieser Regelung zuzustimmen. Die Erfahrungen in den letzten Monaten und auch die Verhandlungen in der letzten Zeit haben deutlich gezeigt, was der GdA. mit dieser Einstellung bezweckt. Erklärte doch der Vertreter des GdA. bei den Manteltarifverhandlungen ausdrücklich, daß er für den Fall, daß er mit dem Arbeitgeberverband sich in irgendeiner Frage geeinigt hätte und die beiden anderen Organisationen eventuell das tarifliche Schiedsgericht anrufen wollten, für sich in Anspruch nehmen müßte, dieses Schiedsgericht von sich aus durch Benennung eines Beisitzers zu beschicken, um auf diese Weise seinen Abschluß auch den beiden anderen Organisationen aufzuzwingen. Andererseits erklärte er, daß er sich nicht das Recht nehmen lassen wolle, mit solchen Mitteln die Handlungsweise der beiden anderen Organisationen zu kontrollieren. Die Verantwortung für diese im vollsten Einverständnis mit

den Arbeitgebern stehende Handlungsweise des GdA. muß ihm selbst überlassen werden.

Die AFA und die GdA.-Vertreter mußten es ablehnen, eine solche, die Interessen der Angestellten schädigende Handlungsweise zu unterstützen, und somit ergibt sich wiederum der Zustand, daß der Arbeitgeberverband mit dem GdA. allein weiterverhandelt bzw. sich „einigt“.

Für die AFA und den GdA. ist hiermit natürlich die Angelegenheit nicht erledigt, die vor den behördlichen Schlichtungsinstanzen zunächst ihren Fortgang nimmt. Aufgabe der Angestellten der chemischen Industrie ist es aber, die sich abspielenden Vorgänge, die für ihr Arbeitsverhältnis in der Zukunft bestimmend sein werden, genau zu beachten. Wir können es getrost der Angestelltenchaft überlassen, zu entscheiden, wie sie das Verhalten des GdA. beurteilt.

Butab. DVB. GdA.

### Schiedspruch für die Angestellten der Metallindustrie.

Gestern wurde unter Vorsitz des Gewerbetarates Körner ein Schiedspruch gefällt, wonach die Gehälter für die Monate Juli-August um fünf Prozent „erhöht“ werden sollen. In der Zeit vom 17. bis 19. Juli sollen die Angestellten zwanzig Prozent des Juli-Gehalts als Abschlagszahlung erhalten, die je zur Hälfte Ende Juli und August zurückgezahlt wird. Die Erklärungsfrist läuft am 12. Juli ab.

(Anmerkung der Redaktion: Wir geben diese Nachricht, die uns von der Telegraphen-Union zugeht, nur unter Vorbehalt wieder, da uns von den zuständigen Gewerkschaftsorganisationen keinerlei Nachricht darüber zugegangen ist.)

### Die Unternehmer fühlen sich.

Bodum, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilung der freigewerkschaftlichen Straßenbahnerorganisation hat sich infolge der Haltung der Arbeitgeberverbände der Straßenbahnen des Industriegebietes eine äußerst kritische Lage entwickelt. Die Arbeitgeberorganisation hat Verhandlungen mit den Straßenbahnen abgelehnt unter der Begründung, daß wegen des außerordentlich starken Mitgliederverlustes der Gewerkschaften diese nicht mehr als Vertreter der Straßenbahner legitimiert seien. Falls die Arbeitgeber diesen Standpunkt nicht ändern, ist mit einer Streikbewegung der Straßenbahner des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zu rechnen.

### Aussperrung im Hamburger Baugewerbe.

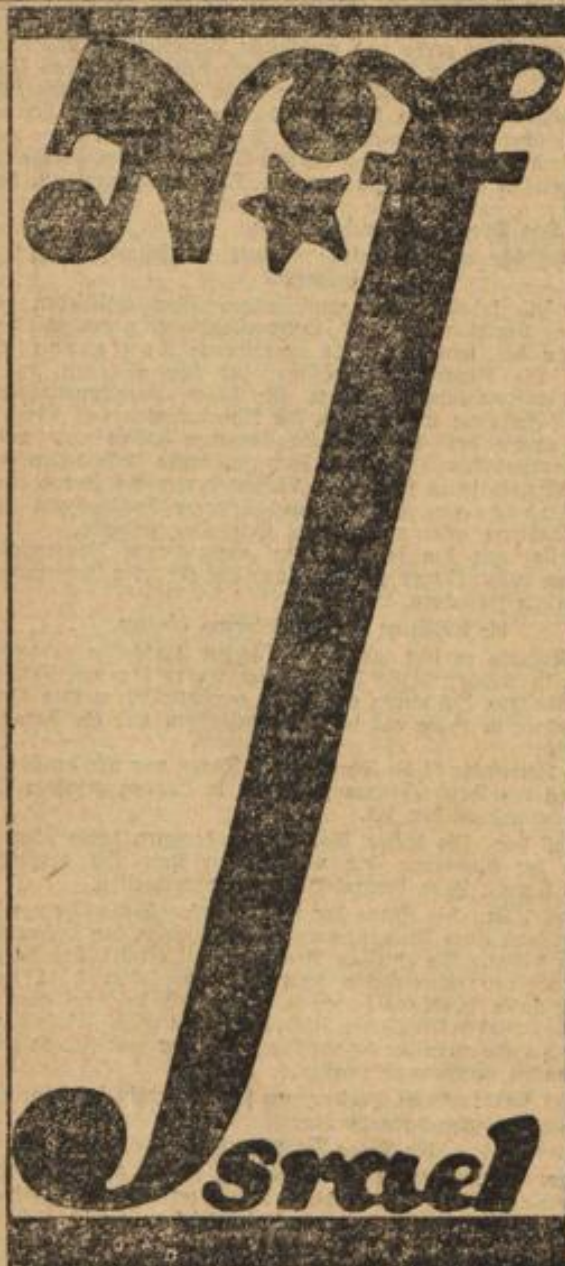
Hamburg, 9. Juli. (DVB.) Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes haben, da die Arbeitnehmer die Arbeit auf verschiedenen Baustellen niedergelegt haben und die von den Arbeitgeberverbänden zur Aufhebung des Tarifstreiks gestellte Frist fruchtlos verstrichen ist, beschließen, heute nach Schluß der Arbeitszeit sämtliche Arbeitnehmer mit Ausnahme der Zimmerer, Maschinenisten und Heizer in Groß-Hamburg auszusperrn. Am Montag, den 14. Juli, soll die Aussperrung der Zimmerer, Maschinenisten und Heizer folgen.

**Wachstums!** Das Material zu den Delegiertenwahlen ist ab Freitag nachmittags 4 Uhr im Restaurant Krüger, Engelstraße 3, abzuholen. **Wahltag, Siemens-Schubert-Schulwerk!** Am Freitag nachmittags 4 Uhr im Hotelhof Siemensstadt Versammlung aller SPD-Arbeiter und -Angestellten. Sympathisierende können mitgebracht werden. Ausführliches Erscheinen erwartet. **Der Fractionsvorstand.**

**Seitler, Lepziger- und Postfacharbeiterverband.** Donnerstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Saal 4, allgemeine Verbandsgemeinschaftsversammlung. Dr. Paul Seibler referiert über „Das Schachermühler-Angebot“. Besuch dieser Versammlung ist Pflicht. Mitgliedschaft legitimiert. — Sonntag, den 12. Juli, Ausflug der Beihilfsabteilung. Meldungen bis Freitag, den 4-6 Uhr im Bureau. Die Kollegen bitten wir, die Jugend in unseren Betrieben darauf aufmerksam zu machen. Abfahrt 6 1/2 Uhr vom Ostbühler Bahnhof. **Deutscher Holzarbeiterverband.** Die Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung findet in dieser Woche nicht statt.

**Responsible für Politik:** Ernst Reuter, Wirtschaft: Kurt Schumacher, Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schöler, Familien: Dr. John Schöler, Polizei und Sozialwesen: Fritz Karst, Anzeigen: Ed. Stöck, Amtslich in Berlin. Verlag: Bornhagen-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhagen-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. **Siehe zwei Beilagen aus „Frauenstimme“.**

**Sophien-Säle** Telefon: Norden 9296  
Säle frei, 100-1200 Personen **Sophienstr. 17**



# Saison-Ausverkauf vom 1.-21. Juli

Kleiderstoffe	Damenkleidung	Decken
Bedruckter Perkal vorz. Qualität, 80 cm, Mtr. <b>0.70</b>	Bluse a. gestreift, Zephir mit Knopfgarnierg. <b>1.25</b>	Tischdecke grau Kochellenen mit bunter Schnurstickerei 130x160. <b>5.90</b>
Reinwoll. Foulé neue Farben. Mtr. <b>1.95</b>	Bluse aus weißem Voll-Voile, bestickt. <b>2.75</b>	Tischdecke Woll-moquette 130x160. <b>13.75</b>
Reinwoll. Rockstoffe aparte Streif., 105 cm br., Mtr. <b>2.80</b>	Morgenrock aus vorz. Kreppe mit Blende <b>5.90</b>	Diwandecke Gobelin-gewebe, Verduremuster 150x300. <b>19.75</b>
Noppenstoffe mit farbig. Nadelstreifen, 140 cm, Mtr. <b>2.95</b>	Leder-Hut in vielen Farben. Stück <b>9.75</b>	Gardinen
Wirkwaren	Herrenkleidung	Scheibengardinen Etamine, farbig gestreift, Mtr. <b>0.50</b>
Strickwolle reine Kammgarn-wolle, schwarz oder grau-meliert. 100 gr. <b>0.95</b>	Sport-Anzug 4 teilig, hellgrün-meliert. <b>49.00</b>	Scheibengardinen gewebt Tüll. Mtr. <b>0.58</b>
Damen-Hemdchoten weißer Trikot mit Spitze. <b>1.90</b>	Hausjacke mit Agraffen u. Verschnür. <b>23.00</b>	Erbstüll-Garnitur mit Bändchenarbeit. <b>9.00</b>
Herren-Hemden gelbl. Trikot m. Doppelbrust <b>2.75</b>	Loden-Mäntel imprägniert. <b>22.00</b>	Mull-Garnitur farbig gestreift. <b>9.60</b>
Damen-Strandjäckchen feingestrickte Wolle mit schottischen Streifen. <b>7.75</b>	Loden-Sportanzüge <b>42.00</b>	Läuferstoffe
Weißwaren	Manchester-Sport-Anzüge grau und braun. <b>42.00</b>	Bouclé-Läuferstoffe 67 cm breit. Mtr. <b>6.25</b>
Berthen-Kragen aus Opal <b>0.55</b>	Tisch- und Hauswäsche	Bouclé-Vorleger 65x100 cm. <b>5.90</b>
Morgenhaube Opal mit Valenc. Spitze u. Seidenband <b>1.25</b>	Küchenhandtuch 47x100 cm. grau-weiß, Reinleinen. <b>0.80</b>	Mottled-Vorleger 90x135. <b>9.25</b>
Waschtüll weiß, 100 cm breit. Mtr. <b>0.85</b>	Stubenhandtuch 46x100 cm. weiß, Halb-leinen Jacquard. <b>0.95</b>	Kissengarnitur
Schärpenband Kunstseide, in allen Farben, 11 cm breit. Mtr. <b>0.80</b>	Frottierhandtuch weiß Kräuselstoff, gute gewirzte Qual. 50x100 <b>1.35</b>	für Korbmöbel, mit bedrucktem Bezug, 1 Sitz- u. 1 Lehn- <b>2.90</b>
Koffer	Wäschetuch 80 cm. Mtr. <b>0.55</b>	Parfümerien
Kupeekoffer braun, Hartplatte, mit Vulkan-Ecken, m. 2 Schlössern, 65 cm <b>5.90</b>	Makobatist 80 cm. Mtr. <b>1.15</b>	Echtes Lavendelwasser <b>0.95</b>
Kupeekoffer braun, vorz. Hart-platte, m. Vulkan-Ecken Einsatz, 2 Holzschutzbügel, 2 Zugschlösser. 65 cm <b>14.50</b>	Tischtuch Reinleinen, gebleicht und in Hausmacher, 130x160 cm. <b>7.60</b>	Böhm-Ofenbach, große Fl. <b>0.95</b>
<b>BERLIN C SPANDAUER STR. 10 NIGSTRASSE</b>	Rolltuch grau-weiß gestreift mit Kante, 84x190 cm. <b>2.20</b>	Deutscher Kräutergeist Böhm-Ofenbach, Köln, Wasser, 90% Alkohol, 1/1 Flasche. <b>1.10</b>
	Küchentuch weiß mit roter Kante, 60x60 cm <b>0.75</b>	<b>MENGENABGABE SÄMTL. ARTIKEL VORBEHALTEN!</b>
	Laken-Daulas 140 cm Mtr. <b>2.10</b>	
	Linon für Kissen und Bezüge 80 cm 130 cm Mtr. <b>0.95</b> Mtr. <b>1.60</b>	



# Die Arbeit der deutschen Baumschulen.

Der Kleinbiedler, der zur nächstgelegenen Baumschule sich begibt, um die für sein Terrain notwendigen Obstbäume und -sträucher zu erwerben, findet das verkaufsfähige Material an bequemer Stelle im Einschlag vor. Er wird im allgemeinen keinen Einblick in den Umfang und die Art des Betriebes gewinnen. Dieser ist insofern von der Gärtnerei verschieden, als die Ausnutzung des Bodens längere Zeit in Anspruch nimmt, während der Gärtner eine Kultur auf die andere folgen läßt. Diese Verschiedenheit spricht sich vor allem in der Größe des benötigten Terrains aus. Wir haben in Deutschland ungefähr 800 Baumschulen, die einen Gesamtumfang von etwa 100 000 Morgen haben, von denen  $\frac{1}{2}$  = 20 000 Morgen reine Baumschulenfläche ist. Der Rest ist aber durchaus notwendig, um den geordneten Betrieb aufrechtzuerhalten; ein ordentlicher Fruchtwechsel muß innegehalten werden, um baummüdes Land wieder seinem Zwecke nutzbar zu machen; Neuanlagen beanspruchen „fruchtfräulichen“ Boden. Die Pflanzarbeiten in den Baumschulen stützt zu einem gewissen landwirtschaftlichen Betrieb, um Futter, Streu usw. zu erzielen, der übrigbleibende Boden wird der Gemüsekultur dienlich gemacht, die ganze Felder von Kohlrabi, Bohnen, Rüben usw. aufweist.

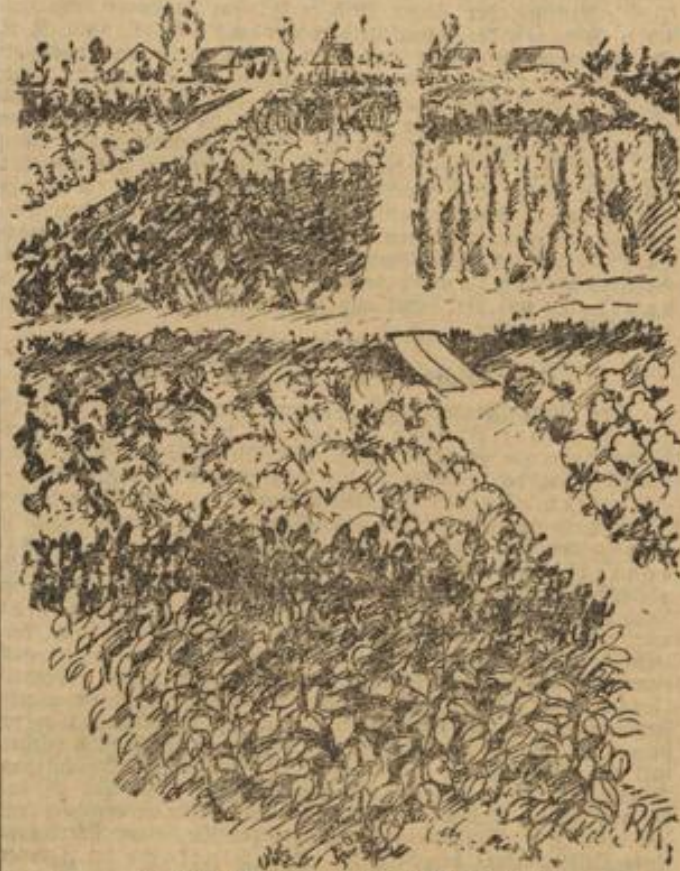
## Groß- und Kleinbetriebe.

Während die Gärtnereien, namentlich in früheren Jahren, möglichst in der Nähe der Städte sich ansiedelten, — daher das alte Sprichwort: die beste Fruchtfolge ist Getreide, Kartoffel, dann Baumschule — können die Baumschulen sich nicht zu sehr den Groß- und Mittelstädten nähern; das Terrain würde zu kostspielig sein. Immerhin gibt es doch in der weiteren Umgegend etliche Baumschulen, die leicht erreichbar sind. Für die ästhetische Ausgestaltung der sich allenthalben entwickelnden Vororte und für die Belieferung der Suburbankolonien, Schrebergärten, Kleinsiedlungen haben sie wertvolle Dienste geleistet. Das Verhältnis der großen und mittelgroßen Betriebe (Baumschulenfläche 200—800 Morgen) zu den kleineren ist etwa  $\frac{1}{3}$  zu  $\frac{2}{3}$ . Eine durch klimatische und Bodenverhältnisse gebundene Konzentration der Betriebe ist für Süddeutschland zu verzeichnen; Ortsnamen wie Haffsteden, Kelling, Wedel, Elmshorn, Lörzsch u. a. sind jedem Interessenten und Liebhaber bekannt. Auch am Niederrhein, in Baden und Württemberg finden sich eine größere Zahl von Baumschulen; im übrigen verteilen sie sich auf das ganze deutsche Gebiet. Die älteste Baumschule stammt bereits aus dem Anfange des 18. Jahrhunderts; die Entwicklung des holsteiner Gebietes ist aber erst 50 Jahre alt und hat in dieser Zeit große Erfolge erzielt. Seit dem Kriege sind neue Baumschulen nur wenig entstanden, wohl aber einige eingegangen. Die Aufnahme des heute hochwichtigen Obstbaumschulbetriebs datiert von vor hundert Jahren; sie ging Hand in Hand mit der städtischen Entwicklung der deutschen Obstbaukultur. Eine Anzahl der Baumschulen ist speziell als Rosenschulen zu bezeichnen; sie liefern an die Gärtnereien das für die Rosenzüchtung benötigte Material, da der Gärtner selten so viel Zeit übrig hat, um sich mit dem Züchten der Rosen zu befassen. Auch noch einer anderen Verbindung zwischen Baumschule und Gärtnerei sei gedacht: der hohe Aufschwung der deutschen Fleckertreiberei ist erst möglich geworden, als die Baumschulen fertige Treibware und genügendes Pflanzmaterial zur Verfügung stellen konnten. Im Hinblick auf das bereits Gesagte wird es begreiflich erscheinen, daß der Wert der deutschen Baumschulen rund auf  $\frac{1}{2}$  Milliarden Mark geschätzt werden kann. Ihren Absatz finden die Betriebe zumeist im Inlande, etwa  $\frac{1}{2}$  der Produktion stellt sich zum Weltmarkt auf dem Weltmarkt. Während der Inflationszeit ist allerdings dieser Absatz an das Ausland auf 50 Proz. gestiegen, doch seitdem wieder auf den Durchschnitt von 20 Proz. gesunken. Ein Import kommen hauptsächlich Baumschulerzeugnisse aus Holland in Frage, dessen Bodenbeschaffenheit die Heranzucht von Moorbodenpflanzen und Nadelgehölzen begünstigt. Im übrigen ist die deutsche Baumschulproduktion durchaus in der Lage, den heimischen Bedürfnissen gerecht zu werden.

## Die Erzeugnisse.

An Erzeugnissen ist alles vorhanden, was unseren klimatischen Verhältnissen entspricht, also Obstbäume in allen Formen, Frucht-

sträucher, hochstämmige und niedere Rosen, Ziergehölze, Alleebäume, Fliederbäume, Nadelgehölze, Forstpflanzen, Heckenpflanzen, Wildlinge zu Veredelungszwecken usw. Abnehmer sind staatliche und kommunale Behörden für Material zu Straßenpflanzungen und für Forstpflanzen, Privatsiedler für verschiedenartige Baumschulartikel zur Unterbringung in Zier- und Fruchtgärten; Kleingärtner wie Laubkolonisten haben Bedarf an Fruchtsträuchern und Obstbäumen; auch die Landwirtschaft verlangt nach Obstbäumen und -sträuchern in den für den Massenbau geeigneten Sorten. Interessant ist, daß die Konservenindustrie dazu übergeht, Obstbau in eigener Regie zu treiben. Wichtig — und ein Zeichen für die ungeheure Bedeutung



Ansicht einer gemischten Baumschule.

des Kleinbiedlerwesens — ist die Tatsache, daß der Anteil an der Obstbaumproduktion von  $\frac{1}{4}$  auf  $\frac{1}{2}$  der Gesamtproduktion gestiegen ist. Auf diesem Gebiete werden die kommenden Jahre hoffentlich noch weitere Erfolge zeitigen, zumal wenn dafür Sorge getragen wird, daß für den betreffenden Boden stets der richtige Obstbaum gewählt wird, dessen Bestit auch des Siedlers Herz und Magen erfreut. Obst muß nicht nur eine „Leckerlei“ sein, sondern im wahren Sinne des Wortes ein Nahrungsmittel werden; seine hohe Bedeutung für die Gesundheit wird von Jahr zu Jahr mehr erkannt.

## Der Betrieb einer Baumschule

erfordert naturgemäß ständige Aufsicht des Leiters, der auf großen Flächen auch ein guter Kelter sein muß, da die Früchte bald den Dienst verlassen würden, und Zwei- und Motorrad nicht überall durchkommen. Denn es gilt nicht nur die neuen Anlagen zu beaufsichtigen, sondern auch allem bereits Gepflanzten kein Augenmerk zu schenken. Wir erleben es schauernd, wie zurzeit unser Baumbestand durch tierische Schädlinge bedroht, ja vernichtet wird, und gleiche Gefahren können auch einer schlecht kontrollierten Baumschule beschieden sein. Noch sind wir leider nicht so weit wie in A m e r i k a,

wo eine eigene Behörde zum Schutze der Kulturpflanzen nicht nur existiert, sondern auch aktiv eingreift, sobald Gefahr im Verzuge. Also es hängt von der Energie des Leiters ab, daß seine Pflanzlinge unbeschädigt bleiben. Und es sind ihrer Hunderttausende, ja Millionen: auf einem Morgen Land werden je nach Art und Form 6000—7500 Obstbäume aufgeschult, von Alleebäumen circa 5000 bis 6000 Stück. Die Kulturen erfordern: Rosen 2 Jahre Kulturzeit, Obstbäume 4—5 Jahre, Alleebäume 5—10 Jahre, Nadelgehölze 5—20 Jahre — dabei ist die Kulturzeit der Jungpflanzen, Veredelungsunterlagen, Wildlinge nicht gerechnet. Im Hinblick auf diese lange Zeit des „Reifwerdens“, also der Verkaufsmöglichkeit, während der das angelegte Kapital brach liegt, muß natürlich jede Möglichkeit, zweckdienliche Einnahmequellen zu beschaffen, ausgenutzt werden. Hierzu gehört auch die Verwertung von Schnittgrün durch die Baumschulen, die entweder Pflanzen zu dessen Gewinnung aufgeschult haben oder solche aus Hecken oder Windschutzanlagen gewinnen: in Betracht kommen Thuja, Tannen in ca. 20 Arten, Zypressen, Mahonien, Stechapfeln usw. Auch Zwischenkulturen in teilweise geräumten Quartieren sind eine Einnahmequelle, wie die bereits erwähnten Wechsellulturen auf freigegebenem Baumschulgrund. Wenn auch im allgemeinen die gärtnerischen, namentlich die Blumentulturen, in stärkerem Maße als die Baumschulkulturen von Hitze und Frost leiden, so ist eine Schädigung der letzteren durch abnorme Witterungsverhältnisse nicht ausgeschlossen. Regen zu viel Regen und trockene (schneelose) Winterfälle gibt es leider noch kein Allheilmittel; die Dürre kann man durch Wasser bekämpfen, aber natürlich spielen da die Kosten für die Beschaffung des nötigen Quantums auf so großen Flächen eine bedeutende Rolle.

Sieger zu bleiben im Kampfe mit der Natur ist das Vorrecht des Menschen, und das wäre ein schlechter Kapitän, der sein Schiff nach dem ersten Sturm verlassen wollte. Zielbewußte stetige Arbeit und Ausmerzung alles Nidderwertigen haben die deutschen Baumschulen auf ihre jetzige Höhe gebracht.

## Mah-Jongg.

Das ist ein chinesisches Wort, was ihm natürlich jeder sofort ansieht, und bedeutet ein Spiel, was sich nicht so ohne weiteres aus dem Wort ergibt. Welchen Wert aber dieses Spiel hat, das sagt uns in einem Prospekt ein Lehrer des Mah-Jongg: „Seit über 1000 Jahren spielt man es in China, heute spielt es die ganze Welt (mal na!) und wird es wie Schach als Kulturgut gehalten!“ Hoffentlich ist dieser Mah-Jongglehrer nicht auch Lehrer — der deutschen Sprache! Auch hat derselbe verpassen hinzuzufügen, daß man jetzt erst in Berlin anfängt, in die Geheimnisse des Mah-Jonggs einzudringen. Gestern zum Beispiel fand im Geschäftshaus von Rosenhain in der Leipziger Straße vor einem eleganten und im übrigen recht gelangweilten Publikum ein Probispiel statt.

Mah-Jongg ist nämlich ein sehr schwieriges Spiel und hat so keine Tüden, denen der Lernende nicht so leicht Herr werden kann. Darum muß man einen Lehrer haben und für viele ist es vielleicht noch besser und gesicherter, wenn sie eine Lehrerin nehmen. Der Beruf als Lehrer oder Lehrerin des Mah-Jonggspiels ist anscheinend recht nahrhaft und bringt etwas ein. Solch einem Lehrer zahlt man nämlich von 7,50 bis 30 Mark für die Stunde. Das Spiel selbst stellt sich als ein Kombinations- und Permutationspiel dar, und darin liegt hauptsächlich seine Schwierigkeit, es zu beherrschen. Betrachtet man die unendlich vielen Kombinationen, die ein Spiel aufweisen kann, fällt einem unwillkürlich die verfluchte Kombinations- und Permutationsrechnung ein, mit der man auf der Schule geplagt wurde, und bei der man graue Haare auf dem jugendlichen Haupt zu bekommen glaubte. Im allgemeinen spielen beim Mah-Jongg 4 Spieler, und jeder hat 36 Steine. Es kommt nun darauf an, aus den Steinen mit den verschiedensten Schriftcharakteren (da sind zum Beispiel auf den Steinen Drachen abgebildet, Bambusstrangen, Winde u. a. m.) ein Spielbild zu schaffen. Alles in allem, das Spiel stellt in der Tat große Anstrengungen an die Denkfraft und wird sicher Leute geben, die sich mit Problemen gern abgeben und leidenschaftliche Schachspieler sind. Auf der anderen Seite aber kann nicht verkannt werden, daß Mah-Jongg gleichzeitig ein ganz raffiniertes Glücksspiel vorstellen kann, ein Glücksspiel, bei dem man außerordentlich schnell kein Geld los wird. Ein einziges Spiel, Dauer etwa 10 Minuten, kann bei dem doch verhältnismäßig niedrigen Einsatz von 5 Pfennigen einen Verlust von 10 Mark zur Folge haben, bei einem Einsatz von einem Pfennig 2 Mark. Ein gestern beim Probispiel anwesender chinesischer Student, Herr Li, meinte denn auch bedauernd, nun werde man in Deutschland behaupten, China habe uns ein neues und gefährliches

# Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahla.

Da sich aber niemand dieser Nobilität bewegen gefühlt hatte, auf die Ankunft eben dieses Schiffes zu warten, zog Carlo Fratelli es vor, einige Schritte auf dem festen Boden zu machen, denn was er da hinter sich ließ, war nicht erfreulich gewesen.

Als er eine Strecke Weges gegangen war, zog ihn das mächtige barocke Prachttor, die Porta Felice, an. Freilich hatte man so etwas auch in Rom, doch hier, auf fremdem Boden, trug man sich mit der Verpflanzung, derartige Dinge auch zu betrachten. Die Brunnen rechts und links vor den riesigen Pfeilern gefielen ihm; im Binnenhof seines eigenen Hauses zu Rom war man gerade dabei, einen Springbrunnen für ihn auszuhöhen.

Er sah sich das Tor näher an. Ueber den beiden Brunnen standen Pan und Pomona. Nein, so etwas würde er niemals gewählt haben, er hatte sich längst für eine Nixe entschieden.

Weiter oben Wappen, Vasustraden, Figuren — gewiß, ganz hübsch, doch keine reizende Nixe gefiel ihm besser.

Er trat tiefer pausbäckig weiter, einen klüchtigen Blick über Platz und Kirche werfend — das war wohl überall so.

Die lebhafteste, auf den Platz einmündende Straße zog ihn an. Das wollte er doch einmal sehen, was die Leute in Palermo zu verkaufen hatten. Wie den Mörder der Ort seiner Tat, so zog ihn der Handel an. Hatte doch auch er manchen zur Strecke gebracht!

Doch er kam gar nicht weit, da hielt man ihn auf. Ein Mann mit hellen Tressen drückte ihn in den Eingang eines großen Gasthofes hinein, wo bewillkommene Reden ihn fast verschluckten.

Nun, diese Leute verstanden wenigstens was von ihrem Gewerbe. Es wurde Carlo Fratelli warm ums Herz.

Durch den Vorischwall brach sich leuchtend der oft wiederholte Ausspruch: „Die illustrierten Reisenden stigen bei uns ab!“ Man konnte es sich ja einmal ansehen: irgendwo mußte er ja wohnen.

Es war, als schienen die Strahlen des Goldes und der hohen Empfehlungen durch seine Kleider. Der Wirt selbst führte ihn mit Ausrufen des Entzückens die Treppe hinauf. Nüchtern wand er sich mit einer züngelnden Gesichtswidrigkeit zu Fratelli hin und sagte:

„Der Herr wünscht vielleicht den Raum zu sehen, in dem der berühmteste Deutsche wohnte?“ — und er eilte voran, stieß eine Tür auf und machte eine tiefe Verbeugung.

„Der berühmteste Deutsche?“ dachte Fratelli. „haben diese Deutschen berühmte Männer? Auch sie?“ Es schien ihm, als sei Italien schon schwer genug damit belastet. Immerfort hörte man neue Namen. Die Freunde seiner letzten Jahre sprachen sie mit einer Geläufigkeit und zugleich Anerkennung aus, wie er selbst einst über die Güte seiner Ware gesprochen hatte.

Er wollte ihnen einmal zeigen, daß ein wahrhaft moderner Mensch, der lediglich seinen inneren Fähigkeiten folgt, ohne weiteres den richtigen Weg findet.

Natürlich, er würde dort wohnen, wo der berühmte Deutsche gewohnt hatte, in demselben Räume — in seinem Bettte würde er schlafen.

Wie lange mochte es her sein, seit der Mann hier gewesen war?

Wochen, Monate — doch nicht etwa Jahre! Das mußte man wissen. Vor allen Dingen aber: was war dieser Mann und wie hieß er?

Carlo Fratelli sah sich, zustimmend nickend, in dem großen Räume um. Er kam ihm recht lach und nüchtern vor.

Er trat an das Fenster, erblickte den Hafen und darüber hinweg in zarten Tönungen die hellen Gebirgszüge.

Ernstem Angesichts wandte er sich an den Wirt. „Der Mann hatte Sinn für Natur“, sagte er, im stillen wartend.

Der Wirt legte seine Hand aufs Herz, den Kopf in den Nacken, und deklamierte: „Italien ohne Sizilien macht gar kein Bild in der Seele: hier ist erst der Schlüssel zu allem!“

Das schien Fratelli denn doch eine ausweichende Antwort zu sein, zudem keineswegs zutreffend. Italien ohne Rom — ja, das ließe sich hören.

„Ohne Rom!“ sagte er nachdrücklich.

„Nun ja“, der gefällige Wirt zuckte die Achseln, „man könnte vielleicht auch so denken, ganz gewiß, jedoch er schrieb es nieder.“

„So, so, er schrieb Ihnen“, sagte Fratelli beiläufig. Also der Mann lebte noch.

„Mir nicht, o nein, so steht es in seinen Werken geschrieben.“

„Also doch tot“, entschied Fratelli.

Immerhin, hier wollte er wohnen. In diesem Bettte da, hinter den Vorhängen im Alkonen, würde der berühmte Mann ja nicht gerade gestorben sein.

„Das Zimmer gefällt mir, man kann mein Gepäck hierher schaffen, ich hinterließ es —“

„Mein Herr!“ wiederum legte der Wirt die Hand aufs Herz, „das ist leider unmöglich; dieses Zimmer dient nur als Sehenwürdigkeit, es ist unser Goethezimmer.“

„Ihr was?“

„Unser Goethezimmer!“

Aha, jetzt hatte er den Namen. Der Mann war Schriftsteller und offenbar verstorben. Der berühmteste Deutsche? Fratelli mußte lachen. Armes Deutschland! „Ja, ja, es ist ein armes Land“, sagte er jovial.

„O nein, im Gegenteil, ein sehr, sehr fruchtbares Land!“ erwiderte der Wirt eifrig. Er dachte an Sizilien.

„Allerdings — wenn Sie es so meinen. Es gibt dort viele Dichter“, sagte Fratelli aufs Geratewohl, doch sehr bestimmt.

Der Wirt dienerte feillich, bedauernd. „Das nun gerade nicht, es ist reich an Früchten, zumal an Limonen, Orangen, Zitronen!“

Fratelli sah ihn sehr ungläubig an. Besser man ließ dieses Gespräch fallen.

„Also kurzum: hier möchte ich wohnen“, sagte er schroff. Der Wirt nickte zusammen. „Das ist nicht möglich, mein Herr.“

„Was heißt möglich?“ Fratelli strich über seine Brusttasche. „Was verlangen Sie?“

„Wie gesagt — nicht möglich“, stammelte der Wirt leise. „Herr, so machen Sie aus Ihrem ganzen Gasthof Goethezimmer, von oben bis unten, das wäre das einträglichste Geschäft für einen Wirt!“ brüllte Fratelli erdost. Dröhnend schritt er die Treppe hinab, aus diesem ungestillten Haupte.

Auf der Straße rief er den nächsten Fiaker an, zog einen seiner Empfehlungsbriefe heraus und ließ sich zu Antonio Braconieri fahren, der zwar nicht zu den Nobilit gehörte, der aber, genau wie er selbst, ein Reicher, ein sehr Reicher von gestern war.

Um dieselbe Zeit wie Carlo Fratelli fuhr auch ein anderer durch Valermos Hauptstraße, der junge Renzo Adriani. Er war vergnügt und pfiß in die Abendluft hinein.

Bagini war doch ein Goldberg! Schickte ihn zu den Patres hinauf, nach Monreale. Das hatte er sich längst gewünscht. Der alte kunstliebende Abt Matteo würde ihm die Sammlungen des Klosters zeigen, ihm seine Aufgabe zuweisen, ihm von vielen erzählen, das ihm fremd war.

Er dürstete nach Neuem. (Fortsetzung folgt.)



Glücksfall beider. Indessen, diese Sorgen sind recht überflüssig, zum mindesten übertrieben, da Glücksjäger am grünen Tisch sich nicht Wah-Jongg auswählen werden, weil es eben viel zu kompliziert ist.

Wer aber wird nun das neue Spiel spielen? Zunächst mal heißt es in dem bereits oben erwähnten Prospekt: „Das Wah-Jongg spielen früher in China nur Fürsten und hielten es geheim vor dem Volk. Darum paßt das Fürstentum: Wah-Jongg ist wie ein Fürst. Man muß warten, bis es einen anspricht, oder vorübergehe!“ Also eine ganz feudale Angelegenheit ehemals, und feudal wird es allem Anschein nach heute bleiben. Denn das Spiel ist verdammt teuer. Die Preise variieren zwischen 9,75 und 180 Mark, je nach der Ausstattung. Die Steine sind bei den ganz billigen Spielen, soweit man einen Preis von 9,75 M. ganz billig nennen darf, aus Holz, in der mittleren Preislage aus Holz mit aufgelegt Galalith und bei den ganz teuren Spielen, bei denen noch eine mehr oder minder prunkvolle Ausstattung des Kastens hinzukommt, in dem sich das Spiel befindet, aus Galalith.

Also wird wohl Wah-Jongg, das man angeblich bereits in der ganzen Welt spielt und das man jetzt erst in Deutschland zu lernen beginnt, lediglich eine Angelegenheit und ein Zeitvertreib der Welt sein, in der man sich stets langsam, vorausgesetzt, daß diese Welt, deren Gehirn nicht groß zu sein pflegt, die vielen Feinheiten des Spiels zu fassen vermag.

### Die Fassadenkletterer vom Kurfürstendamm. Eine Verhandlung mit Hindernissen.

Ende 1923 und Anfang 1924 wurde die Gegend des Kurfürstendammes und der Brunnenstraße durch zahlreiche Einbrüche demütigt. Diese Diebstähle wurden von einer Bande von Gentlemaneinbrechern, die sich vorwiegend als Fassadenkletterer betätigten, verübt. Als Urheber von acht Einbrüchen hatten sich jetzt vor dem großen Schöffengericht Charlottenburg zu verantworten der Händler Franz Lehner, genannt Franz Hofmann, der Händler Paul Kaempff, der Kaufmann Paul Maciosset und der Kaufmann Erich Marggraf. Abnehmer der Diebesbeute waren der Bantdirektor Kurt Obkircher, der Kaufmann Rudolf Florian und in einigen Fällen auch der Kaufmann Josef Domaschewitz. Während die eritere Gruppe wegen gemeinschaftlichen schweren Einbruchdiebstahls angeklagt war, hatten die letzteren drei Angeklagten sich wegen Hehlerei zu verantworten.

Die Bande war in der Weise vorgegangen, daß sie an den Fassaden hochkletterte, auf dem Balkon eine Scheibe eindrückte und in die Wohnung eindrang. Wertvolle Silbergegenstände, Perlen und Schmuck waren ihre Beute. Die Verhandlung verlief nicht ohne Zwischenfälle. Zunächst war der Angeklagte Erich Marggraf, gegen den noch zahlreiche andere Anklagefälle schweben, bei dieser Anklage aber nur an einem Einbruch beteiligt ist, nicht erschienen. Gegen Marggraf wurde Haftbefehl und Steckbrief erlassen. Dann stellte Rechtsanwalt Dr. Theodor Ahrens den Antrag auf Verlegung, da ein von ihm gestellter Antrag auf Unterbindung des Angeklagten Lehner vor Gericht unberücksichtigt geblieben sei. Sondergerichtsdirektor Brennhausen setzte die Verhandlung auf 2 Stunden aus und ließ den Angeklagten in der Zwischenzeit durch Sanitätsrat Dr. Seppmann unterfragen. Als die Verhandlung wieder aufgenommen wurde, wurde Lehner gefesselt vorgeführt. Auf den Einwand des Verteidigers erklärte der Vorsitzende, daß der Angeklagte einen Fluchtversuch gemacht und den Justizwachmeister mit Niederschlagen bedroht habe. Da jedoch Sanitätsrat Dr. Seppmann Befürchtungen äußerte, daß der Angeklagte durch die Zwangsmaßnahmen in zu große Erregung geraten könnte, ließ der Vorsitzende Lehner wieder entlassen. Sanitätsrat Dr. Seppmann begutachtete, daß der Angeklagte nicht geisteskrank sei und der Vorsitzende wollte nunmehr zur Vernehmung der Angeklagten schreiten. Rechtsanwalt Dr. Ahrens erklärte hierauf, daß er sich genötigt sehe, die Verteidigung niederzuliegen, da er nicht die Verantwortung übernehmen könnte, in einer so schwerwiegenden Sache mitzuwirken. Die obersteinständige Untersuchung von einer halben Stunde sei nicht ausreichend, um über einen Mann, gegen dessen Zurechnungsfähigkeit begründete Zweifel beständen, ein einwandfreies Gutachten abzugeben. Der Verteidiger verließ darauf den Saal. Die Angeklagten Lehner und Kaempff gaben mehrere Einbrüche zu. Sie wurden aber auch in den anderen Fällen überführt, weil Teile der gestohlenen Sachen aus sämtlichen ihnen zur Last gelegten Einbrüchen teils in ihrer Wohnung, teils bei den Hehlern vorgefunden worden waren. Mit den Angeklagten Obkircher und Florian waren Kaempff und Lehner regelmäßig im Kant-Kasino am Savignypfad zusammengetroffen. Die Hehlware wurde in Autos aus der Wohnung der Einbrecher, nachdem der Kaufabschluß erfolgt war, in die Wohnung der Hehler geschafft.

Nach eingehender Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: Der Händler Paul Kaempff 2½ Jahre Zuchthaus, der Händler Franz Lehner 3½ Jahre Zuchthaus, der Kaufmann Maciosset 2 Jahre Gefängnis. Die Hehler wurden freigesprochen. Den ersten beiden Angeklagten wurde die erlittene Untersuchungshaft mit 6 bzw. 4 Monaten angerechnet.

### Großfeuer in Charlottenburg.

Gestern Abend brach in dem großen Gebäude Boethestr. 17 Ecke Leibnizstr. 24 Feuer aus. Die Feuerwehr war bald in großer Stärke zur Stelle, und vier Züge griffen mit sechs B-Rohren und elf C-Rohren an. Bei Eintreffen der Wehr stand der Dachstuhl des großen Gebäudes in seiner ganzen Ausdehnung in hellen Flammen, die Einwohner wurden durch den dichten Qualm in große Aufregung versetzt. Der alarmierte Zug der Charlottenburger Feuerwehr traf wenige Minuten nach Alarm ein. Auf den Alarm Mittelfeuer trafen noch weitere Züge an der Brandstelle ein, und als die Meldung Großfeuer an alle Wachen weitergegeben wurde, erschienen auch die Züge von Berlin. Die Arbeiten der Wehren wurden besonders durch den Umstand erschwert, daß der ganze, ein großes Rechteck bildende Gebäudekomplex nur durch zwei Brandmauern geschützt war. Ein Feuerwehrmann hat bei den Vorkämpfen Verletzungen davongetragen. Mäßig explodierte ein im Dachgeschoss befindliches Depot mit Benzin. Durch den starken Aufdruck wurden fast sämtliche Scheiben des Hauses und der umliegenden Häuser zertrümmert. Glücklicherweise ist dabei niemand zu Schaden gekommen. Erst nach dreistündiger angestrengter Arbeit der Wehren gelang es, das Feuer zu löschen. An gefährlichen Stellen, an denen die Feuerwehr über die Treppen nicht heranzukommen konnte, waren mechanische Leitern angelegt worden. Besonders schwierig gestaltete sich das Umlegen eines Umbaus. Mit besonderer Vorsicht mußte hierbei vorgegangen werden. Nach

dem alles genügend verankert war, wurde der Aufbau nach der Straße hin umgelegt. Das zirka 40 Zentner schwere Stahlstiel trugend in die Tiefe. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Die Entstehungsurache ist noch nicht bekannt. Bauarbeiter waren auf dem Dach beschäftigt, sie bestreuten jedoch energisch, unvorsichtig mit Feuer umgegangen zu sein. Es ist eine verstärkte Brandwache zurückgelassen worden.

Zu einem gefährlichen Brande wurde gestern Abend die Wilmerdorfer Feuerwehr nach dem Hause Prager Str. 16 gerufen. Dort war in einer Wohnung Feuer ausgebrochen, das erst nach einständiger Arbeit gelöscht werden konnte. Der Schaden ist erheblich, jedoch durch Versicherung gedeckt.

### Der Tod der Marie Majewski. Auslegung der Verhandlung.

Dem großen Schöffengericht Charlottenburg wurde gestern Mittag, wie wir mitteilen, der 22jährige Kaufmann Kurt Kahlmar vorgeführt, um sich unter der Anklage der fahrlässigen Tötung seiner Geliebten, der 17jährigen Kontoristin Marie Majewski zu verantworten. Die unter der Anklage, ihrem Sohne bei der Beistellung der Leiche Beihilfe geleistet zu haben, mitangeklagte Mutter des Angeklagten war nicht erschienen. H. A. Dr. Frey erklärte dazu, daß Frau Münster, wie die Angeklagte jetzt heißt, loben zum zweitenmal geheiratet habe; das sei ja wohl keine Krankheit, aber er habe gehört, daß sie tatsächlich zu Bett liege. Der Verteidiger bot, die Verhandlung schon deshalb zu vertagen, weil auch der Sachverständige, Medizinalrat Dr. Döhrenjurih, erkrankt sei. Eine Zeugin trat vor und teilte mit, daß sie Frau Münster gestern noch abends auf der Straße gesehen habe. Staatsanwaltschaftsrat Hoeh schloß sich dem Verlegungsantrage an und beantragte aber gleichzeitig Haftbefehl gegen die Angeklagte. Das Schöffengericht unter Vorsitz des Sondergerichtsdirektors Brennhausen beschloß die Auslegung der Verhandlung und die Angeklagte zum neuen Termin zwangsweise vorzuführen zu lassen.

### Kein Mord in der Lausitzer Straße.

Eine überraschende Aufklärung fand der Leichenfund in der Lausitzer Straße 11, dem, wie wir mitteilten, ein Verbrechen zugrunde zu liegen schien. Wie Professor Dr. Bräuning feststellte, hat der Arbeiter Hinz sich selbst mit Zyanankali vergiftet. Ein Rest des Giftes wurde in einem Glas in der Stube noch gefunden. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen ist Hinz in den Tod gegangen, weil seine Frau die Scheidungsklage nicht zurücknehmen wollte, obwohl er sie wiederholt darum gebeten hatte, und weil er kürzlich seinen Vater durch den Tod verloren hatte. Dazu kam, daß er arbeitslos war, weil er eine Stelle, auf der er 14 Jahre lang beschäftigt, verloren hatte. Hinz war streng katholisch und fürchtete, daß er nach einem Selbstmord nicht kirchlich beerdigt werden würde. Deshalb tauschte er einen Mord vor. Dabei hatte er durch allerlei Neuherungen den etwaigen Gedanken an einen Selbstmord vorzubeugen gesucht. In den letzten Tagen brachte er geistlich wiederholt das Gespräch auf den Selbstmord und dessen Berechtigung. Jedemal lehnte er ihn als gläubiger Katholik entschieden ab und betonte, daß der Selbstmord unter allen Umständen ehrenrührig und daß deshalb der Standpunkt der katholischen Kirche zur Beerdigung eines Selbstmörders berechtigt sei. Die Blutlache im Zimmer, die die Annahme eines Mordes zu stützen schien, fand auch eine andere Erklärung. Wie die Ermittlungen ergaben, lag die Leiche, als man auf den Bewohnungsraum hin die Stube öffnete, mit dem Gesicht auf dem Fußboden. So war bei der eintretenden Verwesung nach der Zyanalkalivergiftung ein Gemisch von Blut und Wasser aus Mund und Nase geflossen. Ein Mann jedoch, der beim Aufsuchen der Leiche in das Zimmer mit eingetreten war, hatte sie umgewendet und den gefärbten Revolver, der neben der Leiche gelegen hatte, auf den Beid gelegt, um ihn in der Blutlache nicht schmutzig werden zu lassen. Die Waffe zu entsichern, hatte der Selbstmörder vergessen, aber er war dazu nicht mehr imstande gewesen, nachdem er das Gift genommen hatte. Der Mann, der die Leiche umkehrte, hatte sich dabei die Hände blutig gemacht, sie in der Schüssel des Toten gewaschen und an dessen Tuch abgewischt. Weil Hinz außerdem noch die Schränke geöffnet hatte, so hat sich auf diese Weise zunächst ganz das Bild eines Kapitalverbrechens dar.

### Zum Förstermord in Schenkendorf.

Gestern wurde das Gerücht verbreitet, daß der Mörder des Försters Grünhoff in Schenkendorf verhaftet sei. Der mutmaßliche Täter sollte in der Linienstraße festgenommen worden sein. Tatsache ist jedoch nur, daß die Kriminalpolizei auf einen jungen Mann aufmerksam gemacht wurde, der dort in einem Hotel übernachtet hat. Die Kriminalpolizei ging sofort nach dem Hotel, der junge Mann war aber nicht der gefuchte Franz Söh, sondern ein harmloser Mensch. Der als mutmaßlicher Täter in Frage kommende Franz Söh hat seinen Eltern schon viel Kummer bereitet, und auch sein Vater hört ihn nach Lage der Sache für den Täter. Der flüchtige hat schon lange einen Hang zum Abenteuerleben und war schon wiederholt verschwunden. Zwei Jahre lang war er Schlägerlehrling in Kummersdorf bei Storkow. Dann entließ er aus der Lehre. Von jener Zeit her kennt er die Gegend von Schenkendorf sehr gut. Er fuhr auch von Neukölln aus wiederholt dorthin, um Holz zu sammeln. Dabei ließ er sich mit dem Förster Grünhoff zusammen. Seit April d. J. war Söh bei einer Eisenfabrik in der Lehre. Am vergangenen Sonntag blieb er dort weg, nachdem er einen Trammetropfen und eine Browningpistole entwendet hatte. Außer diesen beiden Schusswaffen besitzt er auch noch ein hirschkängerartiges Messer. Da er nur wenig Geld hat, so wird sich der Verfolgte wohl noch in Groß-Berlin oder in der Nähe aufhalten, vermutlich zwischen Königswusterhausen und Neukölln. Auch in Friedebau wollte man ihn schon gesehen haben, und zwar als Hirschkänger. Das ist ebenfalls ein Irrtum. Bestimmt gesehen worden ist er zuletzt am Montag zweimal in Johannisthal.

### Der geheimnisvolle Tod des Kaufmannslehrlings.

Der Tod des 19jährigen Kaufmannslehrlings Paul Zeller, der im Walde bei Botzdam mit durchschossenem Kopfe tot aufgefunden wurde, ist noch nicht aufgeklärt. Die Ermittlungen über die Vorgänge, die sich hier im Walde abgespielt haben, sind noch nicht abgeschlossen. Das ganze Vorleben des jungen Zeller, der allgemein beliebt war, bedarf noch der Aufklärung. Er scheint seiner Mutter und seinen Verwandten vieles verheimlicht zu haben. Ungünstiger Familienverhältnisse wegen wohnte er bei Bekannten.

In den letzten Tagen vor seinem Tode kam er stets erit morgens um 3 oder 4 Uhr nach Hause. Da er fast täglich mit einem Freunde zusammen war, fragte diesen die Pflegemutter Zellers, wo sie beide solange blieben. Er konnte aber nur der Wahrheit gemäß antworten, daß sie sich Abend für Abend um 12 Uhr ungefähr an der Kappbach-, Ecke Kreuzbergstraße verabredeten, um nach Hause zu gehen. Wo Zeller dann hingegangen wäre, sei ihm unbekannt. Als letzterer nun von der Pflegemutter befragt wurde, wor er nie um eine Ausrede verlegen, daß er aber nicht die Wahrheit sagte, sah sie ihm an. Die beiden Freunde, mit denen er den Ausflug gemacht haben will, wie er es seiner Schwester erzählte, haben sich noch nicht gemeldet. Alle anderen Freunde, die die Familie und seine Verwandten kennen, haben sich gemeldet. Sie alle kommen als Begleiter an jenem fraglichen Tage nicht in Betracht. Daß Zeller an die Stelle, an der er als Leiche gefunden wurde, allein hingegangen ist, erscheint nicht glaublich. Dieser ausgetretene Pfad an der Bahn entlang wird nur von Eingeweihten begangen. Ihm war die Gegend aber völlig unbekannt. Daß er an dem fraglichen Tage 85 Mark befehlen hat, steht jetzt ebenfalls unzweifelhaft fest. Denn am Tage vor seinem Tode zählte er mit seiner Mutter das Geld noch einmal durch, da er sich einen Anzug kaufen wollte. Daß er das fehlende, es wurden bei dem Toten nur 30 Mark gefunden, schon ausgegeben hatte, ist bei seiner Sparsamkeit, die fast an Geiz grenzte, ausgeschlossen. Ein Zeuge will bei ihm einige Tage vorher eine ähnliche Pistole, wie die Waffe, die bei dem Toten gefunden wurde, gesehen haben. Die ganze geheimnisvolle Angelegenheit bedarf aber noch der weitgehenden Klärung durch die Kriminalpolizei. Kriminalkommissar Dr. Koch im Zimmer 93 des Polizeipräsidiums nimmt alle zweckdienlichen Mitteilungen entgegen.

### Sind Untervermietungen genehmigungspflichtig?

Ueber diese bei Mietern und Vermietern zweifelhafte Frage hat sich in einer Klage das Wohnungsamt Treptow auf Anfrage des Amtsgerichts Neukölln folgendermaßen geäußert: „Die verschiedenen gezeigten Verhältnisse der einzelnen Bezirke der Stadtgemeinde Berlin haben veranlaßt, daß die Behandlung der Untervermietung nicht in allen Bezirken im Sinne der Bestimmungen der Geschäftsverteilung, sondern je nach der Eigenart der Bezirke ganz verschiedene gehandhabt wird. Im hiesigen Bezirk wird eine strenge Kontrolle der Untervermietung nicht durchgeführt, zumal es in Hinblick auf die außerordentliche Wohnungsnot nur er wünscht sein kann, wenn die Inhaber selbständiger Wohnungen wohnungsuchende Familien als Untermieter aufnehmen und ihnen bis zum Zeitpunkt ihrer, meist jahrelang dauernden Unterbringung Obdach gewähren. Die in der Klageerwidlung zugegebene Untervermietung eines leeren Zimmers als Lagerraum ist allerdings nach § 4b der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter (Groß-Berliner Wohnungsrecht) unzulässig.“

Demnach ist im allgemeinen die Genehmigung des Wohnungsamtes nicht erforderlich, wenn die Räume möbliert als Wohnräume zur Unterbringung von Untermietern vermietet werden. Nach der Hauswirt oder Hausverwalter Schwierigkeiten, so soll man neben der Genehmigung des Wohnungsamtes am besten auch noch die des Mietvereinsamtes einholen. Dieses stellt sich auch fast immer auf den praktischen Standpunkt, daß die Wohnungsnot in möglichst vielen Fällen die Genehmigung zur Untervermietung erfordert. Besonders bei der Unterbringung der hausbesitzer oder Hausverwalter für die Erlaubnis zum Untervermieten sind gesetzlich unzulässig.“

### Die Neuordnung der Groß-Berliner Baupolizei.

Die Städtische Bezirksverammlung hat vor einigen Tagen eine Entschlüsselung gegen das Preussische Wohlfahrtsministerium angenommen, die folgenden Wortlaut hatte: „Die Bezirksverammlung stellt mit äußerstem Bestreben fest, daß die Neuorganisation der in alter Form durchaus befähigten Städtischen Baupolizei nicht nur neuen Materialaufwand, sondern trotz der überflüssig plangreifenden Abbaumaßnahmen eine beträchtliche Personalvermehrung zur Folge gehabt hat. Die Bezirksverammlung bedauert, daß es der größten deutschen Stadt nicht gelungen ist, sich gegen ministerielle Eingriffe in die Organisation der Baupolizei zu schützen. Keine mittlere, viel weniger eine Großstadt, hätte sich unter anderen Verhältnissen eine solche von Nichtverordneten durchgeführte Beeinflussung gefallen lassen.“ Hierzu erklärt das Preussische Wohlfahrtsministerium: „Die Entschlüsselung, die die Bezirksverammlung in Städtisch gefaßt hat und in der Angriffe gegen die Baupolizeipolitik des Wohlfahrtsministeriums erhoben werden, entbehrt, soweit die Eingriffe des Wohlfahrtsministeriums in die Neuordnung der Baupolizei in Berlin mit einer Vermehrung der Beamtenstellen in Verbindung gebracht wurden, jeder tatsächlichen Unterlage. Die städtische Verwaltung Berlins ist, trotz wiederholter Aufforderung hierzu, dem Wohlfahrtsministerium den Nachweis dafür schuldig geblieben, daß die vom Wohlfahrtsministerium an die Neuordnung der Baupolizei gestellten Anforderungen die städtischen Finanzen irgendwie belasten. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall, denn bei Durchführung der Neuordnung mußte eine erhebliche Entlastung der Stadtkassate eintreten.“

Wenn der Bezirk Städtisch die Gelegenheit der Neuordnung der Baupolizei benutzte, seine Beamtenstellen zu vermehren, so handelt er den Absichten, die der Wohlfahrtsminister verfolgt, direkt zuwider und er faßt Beschlüsse, die niemals eine Folge der vom Wohlfahrtsminister angestrebten Neuordnung der Baupolizei sein können.“

Nach Unterschlagung von 100 000 Reichsmark zum Nachteil der Reichsbank ist der 32 Jahre alte aus Waddenhausen bei Lage gebürtige Reichsbankangestellte Fritz Kelle aus Hannover schuldig geworden. Er besitzt einen Auslandspaß für die Schweiz und Italien, man vermutet jedoch, daß er zunächst nach Berlin kommen werde. Der Flüchtige ist 1,68 Meter groß und schlank und hat blondes Haar und ein auffallend rotes Gesicht. Wegen Kriegsschadigungen an den Füßen trägt er orthopädische Stiefel. Mitteilungen über das Auffinden des Flüchtigen an Kriminalkommissar Bender, Dienststelle A I im Polizeipräsidium.

Welche Kraftäder sind Kleinstkraftäder? Der Amtliche Preussische Pressedienst weist darauf hin, daß als Kleinstkraftäder solche Kraftäder gelten, deren nach der Steuerformel berechnete Leistung bei einem Außendurchmesser der Nabe mehr als 40 Zentimeter ¼ Pferdestärke, bei kleinerem Außendurchmesser 1 ½ Pferdestärke nicht übersteigt. Als Außendurchmesser der Nabe gilt die Höhe des ganzen Rades einschließlich Bereifung, bei Luftbereifung in aufgepumptem Zustand. — Die Vorschriften der Kleinstkraftäder sind in der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 10. April d. J. enthalten und im Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 32 veröffentlicht.

**Interessante Feststellung:** Die hygienische, das heißt die vorbeugende, desinfizierende und heil helfende Wirkung des Odol, nicht nur auf Zähne, Mund, Mandeln, Rachen usw., sondern indirekt auch auf den Gesamtorganismus, stellt sich nach wissenschaftlichem Urteil und nach tausendfacher praktischer Erfahrung als eine immer umfassendere und tiefere heraus.



## Die Gefahren des Verkehrs.

1342 Zusammenstöße in einem Vierteljahr.

Die ungeheure Zunahme der Verkehrsunfälle, insbesondere Zusammenstöße, ist sicher zunächst auf das Anschwellen der Automobilmasse zurückzuführen. Zählte man doch Ende Juni d. J. insgesamt 32 000 Kraftfahrzeuge in Groß-Berlin. Als gleichwertiger Faktor in der Ursachenreihe der Unfälle muß aber auch das leichtsinnige Verhalten mancher Autofahrer und Wagenführer bezeichnet werden. Täglich ereignen sich Unfälle, in denen das Verschulden dem übermäßig schnellen Fahrtempo (149 Fälle), dem falschen Einbiegen in Querstraßen (67), dem Fahren auf der linken Straßenseite, der Trunkenheit der Wagenführer (56) usw. zugeschrieben werden muß. Aber auch den Fußgängern muß größere Aufmerksamkeit beim Ueberschreiten des Fahrdammes angedenkt werden. Auch sie trifft vielfach die Schuld. Wenn man aus der langen Reihe der Verkehrsunfälle nur die Zusammenstöße herausgreift, so ergibt sich für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni er. die erschreckende Zahl 1342. An der Spitze dieser Art von Straßenunfällen marschieren die privaten Personenautos mit 447 Zusammenstößen, wobei 12 Personen getötet und 171 verletzt worden sind. Dann folgen die Kraftdroschken mit 228 Fällen, 1 getöteten und 73 verletzten Personen, die Straßenbahnen mit 196 Fällen, 8 getöteten und 78 verletzten Personen, die Kraftfahrzeuge mit 117 Zusammenstößen, 2 getöteten und 52 verletzten Personen, die Lastkraftwagen mit 113 Fällen, 6 getöteten und 28 verletzten Personen, die Fahrräder mit 92 Fällen und 37 verletzten Personen, die Pferdegespanne mit 73 Fällen, 1 getöteten und 19 verletzten Personen, die Kraftomnibusse mit 43 Fällen, 1 getöteten und 22 verletzten Personen und die Kleinkraftfahrzeuge mit 33 Fällen und 17 verletzten Personen. Insgesamt sind also bei diesen Zusammenstößen im zweiten Quartal 1924 nicht weniger als 31 Personen getötet und 497 Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden. Die Schuld trifft, soweit bisher festgestellt werden konnte, in 201 Fällen die Personenkraftwagen. Daran reißen sich die Fußgänger mit 159, die Radfahrer mit 89, die Kraftdroschken mit 78, die Kraftfahrzeuge mit 65, die Straßenbahnen mit 50, die Pferdegespanne mit 46, die Lastkraftwagen mit 45, die Kleinkraftfahrzeuge mit 20 und die Kraftomnibusse mit 3 Fällen. In 33 Fällen befehlen die Kraftfahrzeuge keinen Führer und in 112 Fällen flüchteten sie nach dem Zusammenstoß. Dieses Verhalten der Autofahrer hat aber ersichtlich gar keinen Zweck gehabt, weil sie fast ausnahmslos durch Ablesen der Wagennummer festgestellt werden konnten.

**Er freibt Schulden ein.** Der 25 Jahre alte Kaufmann Oskar R. aus der Boddinstraße in Neukölln schuldete einer Berliner Firma einen Geldbetrag. Als alle Zahlungsmöglichkeiten keinen Erfolg hatten, drang vormittags gegen 10 Uhr der Vertreter der Firma, ein gewisser M., in die Wohnung ein und beschlagnahmte, da er wiederum kein bares Geld erhalten konnte, einige Möbelstücke. Es kam zu einer Schlägerei, die dadurch ihr Ende fand, daß R. ans Telefon rief und das Ueberfallkommando anrief. Als Polizeibeamte erschienen, war M. mit den Möbelstücken verschwunden.

**Verlegung des Wochenmarktes in Siemensstadt auf Freitag.** Im Sommer vergangenen Jahres wurde in Siemensstadt (Brunnen- und Herzstraße und Halsesleie) ein Wochenmarkt eingerichtet, um einem lange gehegten Wunsche der Bewohner dieses Stadtteils Rechnung zu tragen. Da die Lohnzahlung in den Siemenswerken am Donnerstag erfolgte, wurde der Wochenmarkt auf Donnerstag nachmittag festgelegt. Der Markt hat sich im Laufe der Zeit sehr gut entwickelt und war auch bis vor einigen Monaten von Käufern gut besucht. Inzwischen hat sich jedoch die Lohnzahlung in den Siemenswerken geändert; etwa die Hälfte der Belegschaft wird erst am Freitag gelohnt. Dieser Umstand hat auch auf den Wochenmarkt ungünstig eingewirkt, und es haben sowohl Händler wie Käufer die Verlegung des Marktes auf Freitag nachmittag beantragt. Bezirks- wie städtische Körperschaften haben diesem Wunsche entsprochen und auch das Polizeipräsidium hat sich mit der Verlegung des Marktes einverstanden erklärt. Von dieser Woche ab wird am Freitag nachmittag Wochenmarkt abgehalten. Die Marktzeit (1 bis 7 Uhr) ist unverändert geblieben.

**Die Tagungslokale des Reichs-Radioklubs.** Berlin-Mitte: Dienstag und Freitag. Lokal: Seebahnstr. 1. Leiter: Rischel, Alte Jakobstr. 49. Offen: Dienstag und Freitag. Lokal: Magier Str. 54. Leiter: Blockdori, Frankfurter Allee 68. Neukölln: Donnerstag. Lokal: Ort, Sde. Dosastr. Leiter: Gänger, Thüringer Str. 20. Westen: Donnerstag. Lokal: Gieseler Str. 3. Leiter: Fabian, Kollerplatz, 10. Tiergarten-Moabit: Lokal: Levetzowstr. 2. Leiter: Lewis, Krefelder Str. 19. Weitere Gruppen werden in nächster Zeit veröffentlicht. In den Gruppen finden Kurse, Vorträge und literarische Kurse statt. Anmeldungen dazu in den Gruppen, bei den Leitern oder im Sekretariat, Seebahnstr. 20 (Eingang Neue Grünstr.)

**Verleumdungsgeschichten in Groß-Berlin.** Die Kreise, die bis jetzt die Forderungen für die Verhaftungen im Jahre 1924/25 noch nicht zurückgeschickt haben, werden ersucht, dies umgehend zu tun, damit die nötigen Dispositionen getroffen werden können.

**Arbeitsgemeinschaft der Arbeitervereine.** Bezirksstelle Prenzlauer Berg. Die Zusammenkunft der Leiter und Beisitzer findet nicht Donnerstags abends, sondern Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im Jochenheim Donslager Str. 20, Zimmer 19, statt.

### Die Anklagen gegen die hannoversche Polizei.

In Ergänzung seiner gestrigen Mitteilungen teilt der Amtliche Preussische Pressedienst mit: Vom Preussischen Ministerium des Innern sind mehrere Beamte der Polizeiabteilung mit dem besonderen Auftrag nach Hannover entsandt worden, die gesamten Maßnahmen in der Nordaffäre Haarmann, insbesondere nach der kriminaltechnischen Seite hin einer genaueren Nachprüfung zu unterziehen. Außerdem hat der Oberstaatsanwalt Hannover in Einberufen mit dem Preussischen Ministerium des Innern das gegen den verhafteten Haarmann eingeleitete Strafverfahren auch auf die Ermittlungen und Maßnahmen der hannoverschen Polizei ausgedehnt.

Der Polizeipräsident von Hannover gibt folgendes bekannt: Ähnlich dem Verfahren gegen den Waffenschmied Haarmann sind gegen Beamte der Kriminalpolizei von einem Teil der Presse ungeheuerliche Anklagen erhoben worden. Obgleich diese Anklagen offensichtlich tendenziös sind, haben die angegriffenen Beamten in der Erkenntnis, daß die ungeheure Bedeutung des Falles der Öffentlichkeit das Recht auf reelle Aufklärung gibt, bei der Staatsanwaltschaft die Einleitung eines

# Minister a. D. Hermann klagt an.

## Strafanzeige gegen den Militärbefehlshaber wegen Beihilfe zum Hochverrat.

Weimar, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Kaum haben die ungeheuren Verleumdungen gegen den früheren thüringischen Innenminister, Genossen Hermann, durch den gegen ihn geführten Prozeß ein mögliches Ende gefunden, und schon versucht die thüringische Reaktion gegen ihn einen neuen Vorstoß. In der Dienstausübung des thüringischen Landtages stand ein Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Hermann zur Verhandlung. Die bürgerliche Mehrheit stellte sich auf den Standpunkt, daß die Immunität aufgehoben werden müsse, um über den Fall Kopf, dem die frühere Regierung nach seiner Entlassung die Umzugskosten bezahlt haben soll, Klarheit zu schaffen. Weiter wird Hermann vorgeworfen, Waffenschleppungen begangen zu haben. Er soll überplanmäßig Waffen aus Jena-Wehltis in eine geheime Waffenkammer der Landespolizei übergeführt haben. Die sozialdemokratische Fraktion brachte zum Ausdruck, daß die Immunität des Abgeordneten Hermann gewahrt werden müsse, da es sich bei der Anklage nur um Vergehen handele.

Genosse Hermann erklärte, die Durchführung des Verfahrens erscheine ihm aus anderen als persönlichen Gründen notwendig. Die Waffenangelegenheit selbst gab ihm zu folgender Äußerung Anlaß: Die Sammlung des Materials in der Waffenangelegenheit erfolgte gegen Recht und Gesetz. Der Oberregierungsrat Rißsch als Leiter des Landeskriminalamtes hatte kein Recht, von Waffenschleppungen des thüringischen Innenministers zu sprechen. Ich frage die Regierung: Wer hat die Meldung über den Waffenschlepp in Weimar an die Presse gebracht? War es der Leiter des Landeskriminalamtes? Ich kann mit Bestimmtheit sagen, daß er diese Meldung an die Öffentlichkeit gab und behauptete deshalb, daß sich Rißsch

### des Landesverrats schuldig gemacht

hat. Der Leiter des Landeskriminalamtes spricht in einem Bericht vom Februar davon, daß bei der Auffindung des Waffenlagers diejenigen Waffen gefunden worden seien, die Minister Hermann zur Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften zusammengetragen habe. In einem anderen Bericht sagt er, daß die Waffenschleppungen nach Sachfen genau so geheim behandelt worden seien, wie die Waffenschleppungen in Thüringen. Die Auffassung verstärkte sich immer mehr, daß die Waffen für nicht einwandfreie Zwecke bestimmt gewesen seien. Rißsch hatte den Auftrag erhalten, Feststellungen zu treffen, wann die Waffen nach Sachfen gebracht wurden, welche politische Lage damals bestand und ob aus dieser Lage heraus die beabsichtigte Verwendung der Waffen geschlußfolgert werden könne. Der Staatsanwalt wünschte damals die Vernehmung der Zeugen nach folgenden Gesichtspunkten: Für welchen Zweck waren die Waffen bestimmt? Art und Zahl der Waffen? Wurde für den Transport Schweigegepflicht auferlegt?

Ich stelle fest, daß über den Ankauf der Waffen wiederholt mit der Reichsregierung Verhandlungen stattgefunden haben.

Wir hatten zu diesem Zwecke die Bewilligung von Mitteln beantragt. Da uns aber die Mittel nicht gegeben wurden, sahen wir uns gezwungen, Gelder aus privaten Kreisen zu nehmen. Ich habe stets abgelehnt, darüber Rechenschaft zu geben. Die Gelder sind von einer Persönlichkeit zur Verfügung gestellt worden, die die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt und eine durchaus republikanische

kanische Gesinnung hat. Es ist bekannt, daß über die Vernehmung des politischen Säuhes in Thüringen mehrfach Verhandlungen gepflogen worden sind. Es haben auch Verhandlungen über die Erhöhung der Zahl der Polizeibeamten in dem Wehkreiskommando in Stuttgart stattgefunden. Dort wurde von General Reinhardt zum Ausdruck gebracht, daß mit einer so geringen Zahl von Polizeibeamten die Ruhe und Sicherheit nicht aufrechterhalten werden könne.

Das mangelhafte Entgegenkommen bestimmter Reichsstellen dem Lande Thüringen gegenüber wurde zu einem weitherzigen Entgegenkommen gegenüber Verbänden und Organisationen.

Im November vorigen Jahres schritt die thüringische Regierung zur Festnahme von Leuten, die als Zeisfreiwillige bei der Reichswehr Ausbildung erhalten hatten. Diese Leute wurden an der thüringischen Grenze festgenommen. Bei der Vernehmung sagten diese Leute aus, daß sie sich als Zeisfreiwillige einstellen ließen, da sie einen nationalen Umschwung erwarteten, andere, daß sie nach Bayern gehen wollten, um bei dem Vormarsch der Bayern gegen Sachsen und Thüringen dabei zu sein. Diese Leute waren nach Bayern gegangen, um hochverräterischen Hilfe zu leisten.

Nach der Festnahme dieser Leute richtete der Militärbefehlshaber an die Beamten des Landeskriminalamtes den Befehl, die von Bayern zurückkehrenden Zeisfreiwilligen ungehindert passieren zu lassen, auf jede Vernehmung zu verzichten und die Festgenommenen sofort freizulassen.

Nach meiner Auffassung liegt in der Anweisung nicht nur eine Begünstigung eines hochverräterischen Unternehmens, sondern auch eine Beamtenentzweiung. Tags darauf wurde die Rückgabe dieses Befehls gefordert. Die thüringische Regierung hat aber das Material nicht an den Militärbefehlshaber zurückgegeben, sondern dem Reichsanwalt zur Verfügung gestellt und gegen den Militärbefehlshaber Strafanzeige wegen Beihilfe zum Hochverrat erstattet. Am 14. November hatte der Leiter des Landeskriminalamtes die Beamten der politischen Behörde in Jena angewiesen, etwa vorliegende Anträge der politischen Abteilung des Ministeriums des Innern nicht auszuführen. Tags zuvor hatte sich der Militärbefehlshaber das Landeskriminalamt unterstellt. Die Anweisung an den Leiter des Landeskriminalamtes ist ebenfalls eine Beamtenentzweiung. Das Weimarer Gericht hat am Montag in dem Prozeß gegen mich den Dolus (trafbare Absicht) als gegeben erachtet, weil der Tatbestand an sich vorliegt. Ein anderes thüringisches Gericht hat im Gegensatz die Verfolgung eines hohen Kommunalbeamten abgelehnt, obgleich gegen den Beamten nicht weniger als 16 Anzeigen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt vorgelegt waren.

Meine politischen Gegner gehen wohl von der Auffassung aus, daß man mich politisch nicht unnötig machen, doch wirtschaftlich ruinieren kann.

Im Verlauf der weiteren Aussprache kam es bei den Ausführungen eines deutschnationalen Redners zu einem Krawall zwischen Kommunisten und Deutschnationalen, der zur Folge hatte, daß ein Kommunist von den Verhandlungen ausgeschlossen werden sollte. Da er sich aber weigerte, den Saal zu verlassen, unterbrach der Präsident die Sitzung.

### Todesstrafen wegen Veruntreuung von Getreide.

Nach zweiwöchentlichen Verhandlungen hat das Bezirksgericht in Odessa über die Angeklagten des Odessaer Hafens, die der Veruntreuung von nach dem Auslande bestimmten Getreideladungen beschuldigt waren, das Urteil gefällt. Sechs der Angeklagten wurden zum Tode durch Erschießen, 11 zu 10 Jahren Gefängnis, die übrigen zu kleineren Gefängnisstrafen verurteilt. Der durch die Angeklagten erwachte Schaden wird auf 1 700 000 Goldrubel beziffert. Eine Begrabigung wird nicht stattfinden.

Ein Dampfer gesunken. Unterhalb Islands ist der Dampfer „Stageral“ der Norddeutschen Hochseefischerei A.G. gesunken. Die Besatzung wurde gerettet.

Die russischen Emigranten in Europa. Sammelblätter veröffentlichten Angaben über die Zahl der russischen Emigranten. In Belgien sollen sich 1000 aufhalten, in Bulgarien 33 000, in Deutschland 500 000, in Frankreich 400 000, in Polen 41 000, in Rumänien 30 000 und in der Türkei 29 000.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**  
Gesellschaftliche: Berlin G. 2, Kaiser-Wilhelm-Str. 46 III.  
Ortsgruppe Rieder, Oberhänseide und Johannisthal: Am Freitag, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Räthel, Riederhänseide.  
Kameradschaft Reichsbanner: Am Freitag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, findet im Lokal Rofad, Reichsbanner-Ort, Preussische 61 (direkt am Bahnhof), eine Versammlung der 20. Kameradschaft statt. Zu dieser Kameradschaft gehören (ähnlich im 20. Bezirk Berlin) folgende Orts-Gruppen: „Was will das Reichsbanner“, „Schwarz-Rot-Gold“. Organisationsfragen. Ueberzeugungsarbeit. Republikanismus als Binde. — Kameradschaft Riederberg: Donnerstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, in der Ansbachstraße, Riederberg. Markt-Ortsgruppe des 19. Bezirks: Am Sonntag, den 13. Juli, militärischer Sozialismus. Treffpunkt morgens 7 Uhr Bahnhof Schöneberg. — Kameradschaft Gantow und Jugendgruppe des 19. Bezirks: Am Sonntag, den 13. Juli, früh 7 1/2 Uhr, zur Übung und Ausbildung. Treffpunkt: Gantow, Rieder.

Kameradschaft „Aldie-Georgia 1879“. Donnerstag, den 10. Juli, auf dem Mariannenplatz und Dienstag, den 15. Juli, im Reichsbanner, Spielplatz am Teich, öffentliche Klatscherei. Beginn 7 1/2 Uhr abends.

**Unübertroffene Qualität**  
**ist das Merkmal der**  
**HALPAUS-CIGARETTE**

RARITÄT-SPECIAL  
RARITÄT-EXTRA  
RARITÄT-DELIKAT  
RARITÄT-LUXUS







Wirtschaft

Ein Anschlag auf die Fleischversorgung.

Die Forderungen der Landwirtschaft beschränken sich nicht nur darauf, durch Schutzzölle eine Verteuerung des inländischen Getreides herbeizuführen, sondern erstrecken sich auch auf andere Agrarprodukte, die durch schutzzöllnerische Maßnahmen im Preise heraufgeschraubt werden sollen.

Die Landwirtschaft behauptet nämlich, es sei nach den augenblicklichen Marktverhältnissen, wo der Viehmarkt so reichlich mit inländischem Fleisch versorgt und die Nachfrage des Konsums bei weitem gedeckt ist, nicht zulässig, daß die ausländische Fleisch-einfuhr durch Einfuhrerleichterungen jeglicher Art begünstigt wird.

Mit dem alten Schlagwort der Selbstgenügsamkeit, das sich im Kriege so glänzend bewährt hat, will man heute die Regierung überzeugen, wie wichtig es sei, die Fleischproduktion Deutschlands gegen das Ausland zu schützen.

Welche Tatsachen sprechen gegen das Verlangen der Agrarier nach Abdrosselung der Fleisch-einfuhr?

Die Behauptung, daß die Landwirtschaft den Fleischbedarf Deutschlands decken kann, ist unrichtig. Augenblicklich mag sie wohl zutreffen, aber die gegenwärtigen Verhältnisse sind anormal und dürfen nicht zum Maßstab genommen werden.

Schon vor dem Kriege, 1912, wurde nur ein Fleischkonsum von 58 Kilogramm jährlich auf den Kopf der Stadtbevölkerung errechnet. Damals wurde von allen Seiten gefordert, diesem Mangelstand durch eine starke Einfuhr ausländischer Geflügel- und Bäckfleisch zu begegnen.

Die Zahlen zeigen, daß der Fleischkonsum der Stadtbevölkerung gegenüber dem Verbrauch von 1912 einen Rückgang von 63 Proz. aufweist. Nachfolgende Tabelle gibt ein erschreckendes Bild, wie der deutsche Konsum an Fleisch, Fischen und Fetten in den Jahren 1913 bis 1923 gesunken ist.

Table with 4 columns: Ware, Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung (1913, 1923), Rückgang (Proz.). Rows include Fleisch und tierische Fette, Fische, Milch, Butter, Käse.

Bei genauer Prüfung der Leistungsfähigkeit der Viehproduktion konnte man feststellen, daß die heutige Fleischherzeugung Deutschlands einen Rückgang gegenüber dem Stande des Jahres 1912 von 66,7 Proz. aufweist, und daß die Entwicklungsmöglichkeit nach den Gutachten von Sachverständigen auf diesem Gebiete sehr gering sind.

Es ist die Landwirtschaft nicht in der Lage, den deutschen Bedarf an Fleisch voll zu decken, wieviel weniger erst wird es ihr gelingen durch erhöhte Preise, trotz Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz, den Verbrauch zu beben.

Eine besondere Sorge bereitet der Landwirtschaft die starke Einfuhr von Gefrierfleisch. Alle möglichen und unmöglichen Bedenken machen sie sich darüber und haben nach langem Ueberlegen angebliche Gefahren entdeckt, die die Gefrierfleisch-einfuhr aus dem Auslande mit sich bringt.

Nach dieser Wunsch ist nicht aus hygienischen Notwendigkeiten heraus entstanden, sondern vielmehr mit der bestimmten Absicht, durch ein neues Viehsteuergesetz die Einfuhr erschweren zu sehen. Dem darauf läuft er nur hinaus. Praktisch ist die Untersuchung der Viehtransporte von Uebersee, die in deutschen Häfen ausgeführt werden, nach den heutigen Gepflogenheiten vollkommen ausreichend und zuverlässig.

Auch gegen die Güte und Qualität des Gefrierfleisches haben sie Bedenken und rufen, man solle lieber von dem Genuß solcher Waren absehen und dafür das schöne, zarte und gute, aber „teuere“ Fleisch der Landwirte essen. Alle diese Einwände sind kampflose Versuche der Landwirtschaft, das deutsche Volk von der Notwendigkeit der Abdrosselung der Fleisch-einfuhr zu überzeugen.

Wie weit diese Klagen einen Einfluß auf die führenden

und maßgebenden Stellen ausüben vermögen, wird die Zukunft lehren. Auf jeden Fall werden wir entschieden gegen eine weitere Verteuerung der breiten Massen kämpfen und zu verhindern suchen, daß dieser Anschlag der Landwirtschaft auf die Volksgesundheit und Volksernährung gelingt.

Preisabbau und Arbeitslosigkeit.

Ein durch die Krise in der Textilindustrie erwerbslos gewordener Genosse schreibt uns:

Der Reichswirtschaftsrat hat seine Enquete über die hohen Preise der Textilprodukte noch nicht beendet. Inzwischen nimmt das Unheil seinen Lauf. Die befürchtete Krise in der Textilindustrie ist ausgebrochen und nimmt gewaltige Dimensionen an.

Da kam der unausbleibliche Krach. Durch die Marktabwertung kamen die Befehle der Konkurrenz wieder zur Geltung, und der Konkurrenz des Auslandes war die rückständige deutsche Textilindustrie natürlich nicht gewachsen.

Als der Schreiber dieser Zeilen entlassen wurde, äußerte der Unternehmer sein Bedauern darüber, daß er die Arbeiter entlassen müsse; aber er habe alle Lager voll Ware liegen und wisse nicht mehr, wohin damit. Und das stimmt. Nicht nur das Lager in Berlin, sondern auch die Lager in den Filialen sind vollgestopft.

Daß der Unternehmer sich ein Vermögen an Waren zurücklegen konnte, hat seine Ursache natürlich in den niedrigen Löhnen, die er den Arbeitern zahlte, und in den hohen Preisen, die er für seine Ware forderte.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table with 2 columns: Item name and price range. Includes Gerstengraupen, Roggstrahle, Kakao, Speiseerbsen, etc.

lungsfähige Publikum in den Badoorien, wo er mehrere Filialen besitzt. Auch jetzt, wo der Absatz starr, will er nicht für die Proleten, d. h. billig produzieren.

Und an diesen Praktiken wird auch die Enquete des Reichswirtschaftsrates nichts ändern, sondern dazu bedarf es eines energischen Schrittes der organisierten deutschen Arbeiterschaft.

Bessere Ernteausichten.

Die Befürchtungen für einen ungünstigen Ausfall der Ernte, die infolge der früheren Meldungen über den Saatensand verbreitet waren, erweisen sich nach der weiteren Entwicklung der Saat als übertrieben.

Die Winterhalbfrüchte haben sich von den Schäden des Winters zum Teil erholt. Ihr Stand wird größtenteils als mittel, teilweise etwas über mittel beurteilt. Das Sommergetreide hat zwar vielfach durch Nässe gelitten, steht aber zum überwiegenden Teile befriedigend.

Auch in Sowjetrußland haben sich, wie aus Moskau gemeldet wird, infolge starker Niederschläge die Ernteausichten gebessert.

Neue Auslands-Handelskammern in Berlin. In der Nachkriegszeit haben sich in durchaus erfreulicherweise die Bestrebungen fortgesetzt zur Förderung des Handelsverkehrs mit bestimmten, für den deutschen Export wichtigen Auslandsstaaten.

Deutschland und der englische Wollmarkt. Der englische Wollmarkt stand in den letzten Wochen im Zeichen einer auffallenden Stagnation. Die auffallende Zurückhaltung, die sich die englische Industrie bei den derzeitigen Wollauktionen in London auferlegt, beruht nach Londoner Informationen des „Konfektionär“ auf der Tatsache, daß man in Bradford noch über genügend Rohstoff verfügt.

Kieler Herbstmesse. Die diesjährige Herbstmesse der Nordischen Messe in Kiel findet vom 21. bis 24. September statt.

Untersuchung über den Fall Wöllersdorfer. Der österreichische Handelsminister Dr. Schürff verlas im Nationalrat eine schriftliche Antwort auf die Interpellation betreffend die Geschäfts-geschichte der Wöllersdorfer Werke A. G.

Advertisement for Massary-Classe cigarettes. Includes illustration of a man smoking and text: 'Singen Sie begeistert das Lob einer Zigarette, die so recht in die Zeit hineinpaßt...' and 'Empfehlen Sie allerorten die Massary-Classe dick, rund 3 8'.



# BEGINN 1. JULI

# SAISON

# AUSVERKAUF

Verkauf nur soweit Vorrat

## Bis zur Hälfte

Mengenabgabe vorbehalten

herabgesetzt sind die Preise unserer Waren in bekannt guten Qualitäten

Ein grosser Posten  
**Jumper**  
aus gutem kunstseidenem Trikot  
Wert bis 25,00  
**10<sup>75</sup>**  
Jetzt

Circa 30000 Paar

**la Seidenflor-Strümpfe** 1<sup>75</sup> 1<sup>95</sup> 2<sup>45</sup>  
für Damen, nur erstklassige Qualitäten, in Schwarz und allen modernen Farben  
Ein Posten

**Tramaseiden-Strümpfe** für Damen 2<sup>95</sup>  
schwarz und farbig

**Herren-Trikothemden** 1<sup>95</sup> 2<sup>45</sup>  
mit farbigen Einsätzen, weiss alle Grössen  
Ein Posten

**Herren-Garnituren** Jacke u. Beinkleid 4<sup>25</sup>  
Baumwolle, farbig alle Grössen

Ein grosser Posten  
**Jumper**  
aus prima kunstseidenem Trikot in sehr eleganter Ausführung  
Wert bis 35,00  
**13<sup>75</sup>**  
Jetzt

**Damen-Stadtkoffer**  
flache elegante Form, aus braun genarbter Hartplatte, mit guten Verschlössern  
35 cm 40 cm 45 cm  
**3<sup>90</sup> 4<sup>40</sup> 4<sup>90</sup>**

Ein Posten elegante

## Mädchen-Waschkleider

Fabrikat eines allerersten Berliner Hauses, aus Crepon, Voile und Frottestoffen, beste Verarbeitung

**5<sup>25</sup> 7<sup>00</sup> 8<sup>75</sup> 10<sup>50</sup>**

45-55 cm lang 60-70 cm lang 75-85 cm lang 90-100 cm lang

**Coupeköffer**  
braun longrain, Hartplatte, mit 8 Schutzecken und guten Schliessern  
50 cm 55 cm 60 cm 65 cm  
**4<sup>75</sup> 5<sup>75</sup> 6<sup>25</sup> 6<sup>75</sup>**

**Rockstreifen** 2<sup>65</sup>  
modern, 100 cm breit Meter

**Reinwollener Twill** 4<sup>90</sup>  
130 cm breit, diverse Farben Meter

# HERMANN

Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

**Crepon** 75 Pf.  
uni, viele moderne Farben Meter

**Crêpe marocain** 1<sup>75</sup>  
doppeltbreit, moderne Muster Meter

## BAUHÜTTE BERLIN

Soz. Baugesellschaft m. b. H.  
Gemeinwirtschaftliche Bauunternehmung



Ausführung von Bauarbeiten aller Art



Umbauten u. Reparaturen Villen und Landhausbau Industriebau Liebernahme ganzer Bauprojekte Schlüsselfertige Herstellung ganzer Siedlungen

Abtlg. für Hochbau Tiefbau Eisenbetonbau Zimmererei Dachdeckungen

Abtlg. für Entwurf Architektur Konstruktion Statik Bauberatung

**Bureau: Berlin W., Genfiner Str. 34**  
Telephon: Kurfürst 9350-51, 8868

## Neue Schuhpflege!

Wenn Sie auf elegantes Aussehen Ihrer Schuhe Wert legen, so dürfen Sie nicht Unmengen farbiger, harziger, unangenehm riechender Schuhcreme auftragen. In wenigen Tagen ist das empfindliche Leder unansehnlich und wird brüchig und hart. Benutzen Sie deshalb die farblose überfettete wohlriechende **Edelcreme Tuberan**.

Sie gibt schon in kleinen Mengen einen sametweichen Glanz, verharzt nie und ist im Gebrauch in der Tube für Haushalt und Reise höchst sauber, sparsam und praktisch. Alle unansehnliche Schuhe werden wie neu. Für feines Schuhwerk unentbehrlich. In allen Drogerien und Schuhgeschäften!

Verkauft event. im Selbstvertrieb der Sommerhändler Qualität und Preisangemessenheit unserer fabrikneuen Jansen-Räder und Pianos, moderne Bauart, zu wirklich billigen Preisen, bei feiner Ledermiete, sondern Verkauf vom Fabriklager gegen bequeme Zahlung kleiner Raten. Berliner Piano-Fabrik, Berlin-Schöneberg, Raiser- u. Friedr.-Str. 18, Telefon Stephan 2077.

Kur 30.- fabrikneue Pianos, gebauet 190.-, Pianogrossbau Polst. Sandertr. 20.

**Fahrräder**  
Fahrradrahmen! Bildhose Rennrahmen, Tourenrahmen, Damenrahmen, Fahrradrollen, Ersatzteile, Schläue, Reifenschneidwerkzeuge etc.

Kun eröffnet! Reparaturwerkstatt für Automobile, Motor-, Fahrrad- und Pullenmaschinen, reelle Arbeit, billige Preise, empfiehlt Wolf u. Altmann, Berlin SO., Lübbener Str. 22, Nähe Sörlinger Bahnhof.

**Verschiedenes**  
Gewissenhafte Unternehmung, Hermann Sildheim, Köpenicker Str. 62.

**Vermietungen**  
Tausch! Gede Stube, Küche mit Möbel für Grundstück mit Bohnen, Borsdorfstr. 2, Bernhart, Borsdorfstr. 2, 77 2a

**Mietgesuche**  
Gehr sucht Bohnenstr. möbliertes Zimmer, Chiffre abzugeben, Borsdorfstr. 2, 77 2a

**Maschinensetzer**  
Die Stimmungsetzer zur Urwahl von vier Delegierten zum 4. Deutschen Maschinenleger-Kongress in Hamburg sind für die Mitglieder des Brandenbg. Masch.-Setzer-Vereins

Ich habe mich als  
**Facharzt f. Haut- und Geschlechtskrankheiten**  
in Berlin W., Potsdamer Str. 99 (Gorchhunden 11, 2, 3, 5-7) niedergelassen.  
**Dr. Georg Loewenstein.**

**Verkäufe**  
Höhenwagen durch Plattenbau auf meine großen prima Leitern und Rollenwagen (schl. leicht herstellbar, Alu-blech) Preise nur bei Wagner, Alsterstr. 71, Hof. Rein haben.

**Wanderwagen**, Teilzahlung bei sofortiger Lieferung, Sofa, Chauffeur, 7374, Untergrundbahnhof Reinholdstr. 73.

**Kanadier** - Kanua, wertvoll, komplett 300.-, Anzahlung 100.-, monatlich 50 Mark, Lieferung ab Voger nach Empfang der Anzahlung, Motorboote - Segelboote, fulante Bedingungen, 360werke 2.-G., W. 37, Steinmetzstr. 37.

**Bekleidungsstücke, Wäsche usw.**  
Seglermägen, Herrenhüte, Sportmägen, gut und preiswert, im Grosse-lager Rausenstraße 35 (Dankensplatz), Herrenhüte, erste Qualität, mit Raubinfaltung 3 75, unregelmäßig 4 75.

**Gummimantelfabrik** verkauft direkt im Preiswert elegant Herren- und Damenmägen, auch billige, Plattenboote 26 27 II, Eingang III, gegenüber Bahnhof Alexanderplatz, 37, 10

**Damenmädel, Damenkleider, Sommerkleider** 3 25, Fräulein 4 50, Fräuleinkleider 4 50, 4 50, Fräuleinkleider 7 50, 10.-, 12.- usw., anstehende Möbelkleider, Doppelmängel 5.-, Tuchmängel 7.-, Covermängel 9.-, Staubmängel 10.-, Alpfmängel 12.-, Imprägnierte Covermängel 13.-, Sommermängel 15.-, 21.-, Möbelmängel 25.-, 29.-, Kleidermaschinen, direkt Werkstoff Schmelz, Gipsstr. 18, Bahnhof Str.

**Womatenarbeiten** kaufen Sie billig in Camilla Seidens, Prinsensstr. 103; Knädel, Balletts, Tassenmädel, Gummis, Sportkleider, Schwimmbäder aller Art, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe, Teilzahlung nehmet.

**Vertrieb von Gesellschafts-Ansätzen** Brunnenstr. 4.

**Monatsanläge, Sommerkleider, Gesellschaftsanläge, fertige Figuren, Damend. billige, Rahmannstr. 25/26, früher Wulfsstr.**

**Möbel**  
Wandhoch Möbelkammer, Brunnenstr. 103, verkauft direkt an Urweise Möbel, Geschloßer in Speisekammern, Herzkammern, Schlafkammern, Küchen, Einbaueisen, Qualitätarbeit, sehr billig, Besuch unbedingt lobend.

**Matratzen, Aufkammern, Patentmatratzen, Chaiselounge, Wollstr., Staragradstr. 20/21.**

**Bildhose, Kleider, reisende Formen, Lombardhaus, Alte Jakobstr. 60.**

**Möbelkredit** und bar an jedem kleinen Auszahlung, Gärlich, Stevalerplatz 1, Edlestr. 20/21.

**Möbelkredit**, Alte Schönehauserstr. 10/11, Hof links, Rahmen-Rüge 20, Kurdie-Rüge 20, Schlafkammern, Metallbetten sehr billig.

**Siedenaufhängig Speisekammer** in allen Größen, feine Ausführung, reiche Bildhauerarbeit, mit großen Ausstattungen, -eisen, -eisen, -eisen, ganz neuwertig, Möbelhaus Kammerling, Gansenerstr. 24.

**Musikinstrumente**  
Pianos, Violoncelli, Klaviermacher, Einl. Brunnenstr. 22.

**Steinmayer** Pianos, Rongierpiano, Fabrikpreis, Zahlungserleichterung, Musikhaus 22, verkauft Ernst, Osnienstr. 100 III.

**Auf zur Urwahl!!!**  
erhältlich am Freitag, den 11. Juli, von 4 bis 7 Uhr nachmittags in Henning, Alandstr. 44, und werktäglich von 3 Uhr nachmittags ab bei Kollegen Güler in der Hornstr. 10/11.

**Innungskrankenkasse d. Tischler-Innung zu Berlin.**  
Befassungsmannung.  
Wegen Arbeitsüberlastung können Qualitätsfaktoren für die Alters- und Invalidenversicherung nicht mehr von der Kasse ausgestellt und erneuert werden.  
Der Umtausch der Qualitätskarten und die Neuanschaffung sind daher wieder bei dem zuständigen Polizeivertreter erfolgen.  
Berlin, den 8. Juli 1924.  
Der Vorstand. 106-9  
Otto Grossau, W. Lindemann, Borsdorfstr. 2, Schützstr.



## KLEINE ANZEIGEN

In der Gesamtauflage des „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!



Tüchtige branchekundige erste

# Verkäuferin

für die Abteilung

## Parfümerie

von

## Seifen

sofort gesucht

Meldungen zwischen 1-2 Uhr mittags und 6-7 Uhr abends

## Jandorf & Co

Belle-Alliance-Str. 1-2